Informations-Dienst



zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten

ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR.73 23.3.75

INLAND

AUSLAND

ERKLÄRUNGEN

DOKUMENTATION

6 frankfurt
hamburger allee 45

tel:0611/70 43 52

bürozeiten:
mo-fr; 11 - 15 uhr

postscheckkonto.
w.spruck, 6 ffm 60
nr. 52 52 28 - 602

verantwortlich :
w. spruck, 6 ffm
karbener str. 1

redaktionsschluß
freitag 20 uhr

kontaktzentren :

2 hamburg 13
buchladen manifest
schlüterstr. 79
tel. 44 40 03

463 bochum-querenb.
pol. buchladen
im westenfeld
tel. 70 23 36

5 köln
pol. buchladen
zülpicher str. 197
tel. 44 61 71

74 tübingen
aktion pol. buchlad
nauklerstr. 20

8 münchen
basis buchhandlung
adalbertstr. 41 b
tel. 280 95 22

schweiz : eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01391267

monatsabo 6 mark
(gegen vorkasse)

einzelverkaufspreis 1,50

HAUSMITTEILUNG

ZUM OSTERMARSCH UND NÄCHSTEN ID

- o das ID-kollektiv verläßt frankfurt über ostern in richtung land und wird ostermontag am ostermarsch der kernkraftwerk-gegner in wyhl teilnehmen (siehe nachricht "ostermarsch")
- o deshalb erscheint ID erst wieder am sonntag nach ostern
- o bezahlt bitte euro abos, unser gestriger kontoauszug zeigt das vorzeichen minus, überweist bitte auf die konto-nr. 52 52 28 - 602, 6 frankfurt 60, postscheckkonto walter spruck. bitte mindestens vierteljährlich bezahlen (18,- dm).
- o vergesst beim zahlen nicht eure genaue postanschrift
- o neuabonnements verschicken wir nur gegen vorkasse (aufs konto oben)
- o probeexemplare gibt es gegen einsendung von porto (50 pfg.)
- o spenden könnten auch nicht schaden, eher umgekehrt. bitte auf abschnitt vermerken "spende".

INLAND

ERWITTE/WESTFALEN (ID)
21. märz

ZEMENTFABRIK IMMER NOCH BESETZT

seit mehr als zwei wochen hält die 151köpfige belegschaft der zementfabrik seibel & söhne das werksgelände besetzt als antwort auf geplante massenentlassungen durch den firmenchef clemens seibel (38), der inzwischen die gesamte belegschaft bis zum direktor entlassen hat.

dazu schreibt der göttinger betriebsexpress (nr. 10): der amoklauf des unternehmers seibel begann ende februar, als er trotz guter auftragslage kurzarbeit beantragte. der betriebsrat ließ sich auf dieses faule spielchen,mit dem so mancher kapitalist jetzt in der krise hübsche extraprofite machen will, nicht ein und verweigerte seine zustimmung. das veranlaßte herrn seibel, massenentlassungen anzukündigen. als er bei einer betriebsratssitzung, auf der er diese "maßnahme" begründen sollte, einen vertreter der ig chemie erblickte, zog er wutschnaubend ab und erhöhte kurzerhand die zahl der vorgesehenen entlassungen auf hundert. auf seiner liste standen kollegen, die schon vierzig jahre im betrieb waren, kranke und einige, die in urlaub waren. mit der restbelegschaft von sechzig mann gedachte herr seibel ein volles schichtprogramm zu fahren - bei gleichzeitiger kurzarbeit!

nun war das maß übervoll. auf einer großen protestkundgebung der ig chemie in erwitte mit mehr als zweitausend teilnehmern und einer betriebsversammlung machten die kollegen ihre entschlossenheit deutlich, derartige machenschaften zu verhindern. so beschlossen die vertrauensleute und betriebsräte bei seibel, den betrieb zu besetzen. der beschluß wurde am montag, dem 10. märz, in die tat umgesetzt: rund um die uhr sind die kollegen entsprechend ihrer schicht im betrieb, sie haben einen durchgehenden wachdienst eingerichtet und die beiden zugänge zum betrieb mit lastwagen so verbarrikadiert, daß niemand ohne ihre zustimmung auf das werksgelände kommt.

in der ersten woche der besetzung fanden mehrere öffentliche betriebsratssitzungen statt, eine streikvollversammlung und eine versammlung mit den frauen der besetzer.

unternehmer seibel blieb nun auch nicht untätig: erst einmal verschickte er nach erfolgter besetzung 43 fristlose kündigungen (mittlerweile sind es über hundert). anschließend markierte er den gutwilligen und versuchte die belegschaft zu spalten; aber er erhielt eine derbe abfuhl: als er schriftlich ankündigte, mit allen "arbeitswilligen" zu einem bestimmten zeitpunkt verhandeln zu wollen, gingen alle geschlossen zum angegebenen termin; schließlich wollten sie ja alle arbeiten. als unternehmer clemens seibel die anrückenden kollegen erblickte, machte er sich schleunigst aus dem staube. die besetzung ging weiter.

in der ersten woche der besetzung haben die kollegen zahlreiche solidaritätsbeweise erhalten. betriebsräte und vertrauensleute aus allen teilen der brd schickten solidaritätstelegramme, der bürgermeister von erwitte (cdu!) übergab einen scheck, und sogar unternehmer distanzierten sich von ihrem "kollegen"!

doch klar ist, daß sich die erwitter kollegen nicht auf die unterstützung einiger kapitalisten oder parlamentarier verlassen können. ihre arbeitsplätze können nur erhalten werden, wenn ihre besetzung unterstützt wird von anderen betrieben, und vor allem von der ig chemie. die verantwortliche verwaltungsstelle neubeckum und die bezirksleitung westfalen haben hier schon einen positiven anfang gemacht und den besetzern organisatorische hilfe geleistet. der ig-chemie-sekretär borghoff betonte auf der streikversammlung, daß mit hilfe der gewerkschaft die willkürmaßnahmen und provokationen dieses unternehmers zurückgeschlagen werden müssen , "der auf eure kosten ein privatflugzeug , investitionen und privatkonten im ausland unterhält".

für die kollegen, die während der besetzung fristlos gekündtig wurden, hat die ig chemie kündigungsschutzklagen erhoben. damit ist von seiten der organisation ein erster schritt getan, die betriebsbesetzung als legitimes kampfmittel durchzusetzen. jetzt muß der hauptvorstand den zweiten schritt tun und den erwitter kollegen geld in höhe der normalen streikunterstützung bewilligen. es darf nicht zugelassen werden, daß die erwitter unter dem beifall der bürgerlichen presse durch seibel oder andere kapitalisten ausgehungert werden."

BERLIN (ID)
21. märz

AUCH SIEMENS "SETZT FREI "

die krise macht auch vor den siemens-toren nicht halt. siemens blickt auf einen gesättigten inlandsmarkt. in den ersten neun monaten des geschäftsjahres 73/74 wurden schon 2200 arbeiter entlassen, im ausland jedoch 8 100 eingestellt. bis mai 75 sollen im bereich fernsprechtechnik der brd 6 000 von 22 000 "freigesetzt" werden.

das prozeßgeräte werk in marienfelde wird geschlossen und mit dem meßgerätewerk in siemensstadt zusammengelegt. im röhrenwerk gab es schon zahlreiche entlassungen. von der schließung der metall- und eisengießerei sind ca. 250 kollegen betroffen, von denen der großteil entlassen wird, der andere teil, der das glück hat, weiterbe-

schäftigt zu werden, z.b. im dynamo-werk, muß mit lohneinbußen von 2,- dm pro stunde rechnen (siehe dokument: "die siemens-welt).

BERLIN (ID)
17. märz

GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSE MIT RICHTUNGSWEISENDER QUALITÄT

am 6. märz stellte der ötv-bezirksvorstand berlin ausschlußanträge gegen 15 gewerkschaftsmitglieder der fachgruppe gerichtsreferendare (und noch gegen etliche andere kollegen), die öffentlich, in einer anzeige im berliner tagesspiegel vom 26. 2., zur wahl der kpd aufgerufen hatten (abgeordnetenhauswahlen in berlin am 2. märz 75). gleichzeitig sprach der bezirksvorstand - unter vorwegnahme der noch ausstehenden endgültigen entscheidung des ötv-hauptvorstandes in stuttgart (kluncker) - ein hausverbot für das gewerkschaftshaus aus, verbunden mit der androhung von strafanzeigen wegen hausfriedensbruchs im falle der zuwiderhandlung.

die neue qualität liegt dabei in folgendem - was der bezirksvorstand auf nachfrage sogar zugestand, indem er zugab, daß der endgültige ausschluß durch den hauptvorstand keineswegs gesichert sei, was allerdings wiederum die genannten vorwegnahmehandlungen (hausverbot) noch zweifelhafter erscheinen läßt: der vorwurf des "gewerkschaftsschädigenden" verhaltens (vgl. § 6 nr. 1 der ötv-satzung) läßt sich hier auch unter zuhilfenahme der gewerkschaftlichen unvereinbarkeitsbeschlüsse schwerlich begründen! denn nach den unvereinbarkeitsbeschlüssen war bisher mit ausschluß bedroht, wer "gewerkschaftsfeindliche organisationen" als mitglied oder sympathisant "unterstützt". wird jetzt aber das merkmal "unterstützt" schon auf das bloße unterzeichnen einer wahlkampfanzeige, was keinerlei sonstige "aktivitäten" für diese jeweilige gruppierung ausdrückt, ausgedehnt, so greift die gewerkschaftsspitze damit unmittelbar in das recht der freien meinungsäußerung und das wahlrecht insbesondere in unerträglicher weise ein, jenes merkmal wird damit ins uferlose und willkürliche ausgeweitet (z.b. durch den besuch von veranstaltungen dieser organisationen, und sei es auch nur, um sich mal einen lustigen abend zu machen, unterstützt man dann, da man ihnen hilft, die säle zu füllen!).

in das wahlrecht greift dieses ausschlußverfahren ein, weil partei (und das ist die neue kpd zumindest für die bürgerlichen gewerkschaftsführer, weil der bgh so entschieden hat), solange sie nicht vom bundesverfassungsgericht verboten ist, als positiv verfassungsgemäße anzusehen ist. weiterhin enthielt die anzeige selbst stellungnahmen lediglich zu den politischen aktivitäten (poliklinik, volksambulanz, abgrenzung zur sew), nicht hingegen zu deren gewerkschaftlichen konzepten (insbesondere ihr wiederauflebenlassen der schon historisch verfehlten rgo-politik; woraus man umgekehrt gerade schliessen kann, daß die unterzeichner nur punktuell mit der politik der kpd übereinstimmen).

entscheidender dritter punkt, der dem ötv-bezirksvorstand die begründung schwer gemacht hat, ist aber, daß die 15 kollegen lediglich namentlich, also ohne angabe ihrer ötv-mitgliedschaft, jene anzeige unterschrieben haben;"gewerkschaftsschädigend" kann aber nur, wenn überhaupt, das inhaltliche auftreten eines kollegen gerade in seiner eigenschaft als gewerkschaftsmitglied sein, da ein verhalten nur dann für die gewerkschaft "schädigend" wirken kann, wenn die verbindung zwischen dem unterzeichner und seiner gewerkschaft aus der anzeige selbst für die öffentlichkeit deutlich wird; gerade mit diesem vorwurf, die ötv als verband werde in die aktivitäten "linksextremistischer kreise" hineingezogen, wurde im november 74 der damalige vorsitzende unserer ötv-fachgruppe aus der gewerkschaft ausgeschlossen, weil er mit seiner funktion als fachgruppenvorsitzender "verantwortlich" jene hungerstreikanzeige von 128 (!!!) gerichtsreferendaren im berliner tagesspiegel unterzeichnet hatte (siehe ID nr. 56, 58), - es hieß damals, durch die anzeige seien die justizvollzugsbediensteten auch in ihrer eigenschaft als gewerkschafter verunglimpft, und es seien schon einige empört aus der ötv ausgetreten (?!); während damals jedoch gegen die anderen, die die anzeige lediglich namentlich unterzeichneten, das ausschlußverfahren - trotz zunächster androhung - nicht eingeleitet wurde: jetzt soll auch ohne angabe der gewerkschaftsmitgliedschaft ein anzeigeunterzeichnen "gewerkschaftsschädigend" sein!!

zu vermerken bleibt noch, daß der bezirksvorstand es für richtig hielt, klammheimlich vorzugehen, seine sitzung einzuberufen und zu entscheiden, ohne einen kollegen auch nur angehört zu haben. das war damals beim ausschlußverfahren wegen der hungerstreikenden-anzeige noch anders - allerdings kamen da außer dem anzuhörenden noch fünfzig weitere kollegen und bevölkerten das gewerkschaftshaus, und diese solidaritätswelle hat dem bezirksvorstand anscheinend zu schaffen gemacht, wie man jetzt sieht!

übrigens, auch justizsenator korber hat sich wieder zu wort gemeldet (wie damals, ID nr. 58): auf drängen des springer-inlanddienstes konnte am 7. märz in der "welt" mitgeteilt werden, daß er beabsichtige, den kammergerichtspräsidenten anzuweisen, disziplinarmaßnahmen gegen diese kollegen einzuleiten; und wie man hört, wird korber nicht mehr dem neuen senat angehören, und stattdessen neuer kg-präsident werden.....

STUTTGART (ID)
18. märz

DEMONSTRATION GEGEN ARBEITSLOSIGKEIT

der dgb hat für samstag, 12. april, zu einer demonstration in stuttgart gegen jugendarbeitslosigkeit und gegen den abbau von lehrstellen für jugendliche aufgerufen. zu der demonstration, die zur recht ungünstigen zeit um 13.00 uhr beginnen soll, werden teilnehmer aus ganz baden-würtemberg, insgesamt 10 bis 15 000, erwartet.

FRANKFURT (ID)
21. märz

ÄRZTE SETZEN SICH FÜR BRIGITTE HEINRICH EIN

aus sorge um das leben von brigitte heinrich (siehe ID nr. 72) haben sich bis zum 19. märz 38 ärzte des medizinischen fachbereichs der universität frankfurt in einem aufruf, in dem optimale medizinische betreuung für brigitte heinrich gefordert wird, an die öffentlichkeit gewandt:

"... außer dem anstaltsarzt wurde von seiten der justiz ein facharzt für innere medizin herangezogen. letzterer soll eine blutuntersuchung vorgenommen haben, die ein negatives ergebnis brachte. weitere maßnahmen sollen nicht ergriffen worden sein. bekannt ist jedoch, daß eine blutbildveränderung nicht für jedes stadium obligates zeichen für lymphogranulomatose ist. die diagnostischen maßnahmen, die auf dem hintergrund der krankengeschichte, der jetzt festgestellten lymphdrüsenvergrößerungen, sowie der anderen krankheitszeichen in frage kommen, umfassen vielmehr: laufende blutbildkontrollen, verschiedene röntgenaufnahmen, eine operative entnahme von lymphknotengewebe einschließlich feingeweblicher untersuchung, evtl. eine lymphographie, untersuchungen mit radioaktiven substanzen und eine reihe anderer maßnahmen.

diese maßnahmen können nicht von jedem arzt, auch nicht von jedem facharzt für innere medizin durchgeführt werden; sie gehören in die hand des spezialisten. dieser sachverhalt und gleichermaßen der für

die untersuchung notwendige apparative aufwand verweisen darauf, die untersuchung und behandlung außerhalb der haftanstalt und von spezealisierten ärzten, die das vertrauen der patienten besitzen, vornehmen zu lassen. in frage kämen z.b. die hämatologischen abteilungen der universitätskliniken mainz oder frankfurt..."

die rechtsanwälte von brigitte heinrich haben nach wie vor keine akteneinsicht erhalten. uni-präsident kantzenbach, vom asta frankfurt zur wahrnehmung seiner fürsorgepflicht aufgefordert, erklärte: "ich gehe davon aus, nach der "aktion winterreise", daß in einem rechtsstaat verhaftungen nicht ohne grund erfolgen."

spendenkonto für brigitte heinrich: frau hedwig heinrich, 6 frankfurt/main, ps 29 34 23 - 604 psa ffm. oder frankfurter sparkasse von 1822, kto. frau hedwig heinrich, nr. 306-21005, kennwort: spende für brigitte heinrich.

BAD GODESBERG (ID)
21. märz

UNTERBLIEBENES, WEIL NICHT IM SINNE DER AUFTRAGGEBER

in den beiden auf die rückkehr von peter lorenz folgenden tagen, dem 7. und dem 8. märz, fühlten 53 prozent aller bundesbürger über 18 jahre ihre "persönliche sicherheit gegenwärtig durch terroristen gar nicht bedroht". rund 25 prozent fühlten sich "kaum" bedroht, und 14 prozent meinten, sie seien "etwas" bedroht. lediglich 8 prozent befanden sich in der tagelang systematisch geschürten panikstimmung - einige davon vielleicht durchaus zu recht - und meinten, sie seien "stark" beziehungsweise "sehr stark" gefährdet.

dieses ergebnis, das die marplan forschungsgesellschaft, offenbach, bei der befragung von 1018 frauen und männern herausfand, kann nicht im sinn der auftraggeber (irlenborn & partner, bonn-bad godesberg, teutonenstraße 55) gewesen sein, denn im gegensatz zu diversen anderen befragungsergebnissen ist es bis heute der angeblich wegen lorenz ungeheuer "beunruhigten öffentlichkeit" nicht mitgeteilt worden.

der am stärksten bedrohte mann in der brd ist franz-josef strauss; mit 30,4 prozent aller nennungen liegt er weit vor helmut schmidt (24,1), helmut kohl (15,9), maihofer, brandt und genscher. für reine cdu/csu-wähler allerdings müssen "terroristen" an helmut kohl noch interessierter sein als an schmidt. und für berliner ist strauss so bedroht wie schmidt, kohl, brandt und genscher zusammengenommen.

für 85,8 prozent der befragten "haben die sicherheitsbehörden im falle lorenz das menschenmögliche getan". in berlin waren sogar 94,3 prozent dieser meinung.

fast 80 prozent der befragten sind der meinung, daß es in der "westlichen welt" keine staaten gibt, "deren bürger besser gegen terroristen geschützt sind, als in der brd". die "sichersten" länder in der reihenfolge der nennungen: frankreich (29,1 %), schweiz (22,3 %), spanien (19,5 %), skandinavien (13,2 %), england (10,5), usa (9,5 %), benelux (8, 2), israel (5,9), österreich (3,2 %) und italien (1,8 %).

während israel in der durchschnittlichen wertung an achter stelle liegt, steht es in der beliebtheit der spd-wähler an vierter stelle: jeder siebte sozialdemokrat fühlt sich dort "vor terroristen geschützter" als in der brd.

BERLIN (ID)
21. märz

WAGENBACH VERURTEILT

klaus wagenbach wurde wegen verleumdung und übler nachrede gegen die westberliner polizei zu einer geldstrafe von 1800 dm verurteilt. damit entsprach das gericht auch dem antrag des staatsanwaltes weber. richter seidel verkündete das urteil "im namen des volkes"; in wahrheit ist dies ein urteil im namen von neubauer, hübner und konsorten. das gericht lieferte der polizeiführung die lange ersehnte rechtfertigung des verhaltens der polizei im falle georg von rauch. in einer anderthalbstündigen urteilsbegründung versuchte seidel, alle im prozessverlauf aufgetretenen widersprüche und ungereimtheiten wieder auszuräumen und der polizei zu bescheinigen, daß es richtig war, georg von rauch zu erschießen. so wurden die sätze im roten kalender, die der anklage zugrunde lagen, nicht als werturteile, als politisch-literarische kritik (wie von rechtsanwalt schily und wagenbach angeben)behandelt, sondern als tatsachenbehauptungen, deren richtigkeit oder falschheit im prozeß nachgeprüft werden mußte. daher konst.ruierte das gericht seine version des tatherganges, die dann das ergab, was die polizeiführung braucht: es gab zwar kleine unkorrektheiten, die kommen aber immer wieder vor. im großen und ganzen hat die polizei richtig gehandelt, die erschießung georgs war als notwehr gerechtfertigt.

das gericht kann des dankes von neubauer und co. gewiß sein. klaus wagenbach kann blechen: ca. 25.000 dm prozeßkosten. eine dokumentation, die in kürze erscheinen soll, soll mit dazu beitragen, diese kosten begleichen zu können. spenden bitte auf : postscheckamt berlin west, nr. 119 509, verlag wagenbach
(aus: info bug, 10. 3. 75)

WYHL (ID)
21. märz

ZUM "OSTERMARSCH" DER KERNKRAFTWERKSGEGNER IN WYHL

die 30 badischen und elsässischen bürgerinitiativen rufen alle kernkraftwerksgegner der bundesrepublik, der schweiz und frankreichs auf zu einem ostertreffen auf dem besetzten bauplatz in wyhl am kaiserstuhl.

auch wenn die landesregierung erstmal zurückstecken mußte und erklärt hat, sie werde bis zu einer entscheidung des verwaltungsgerichts mannheim warten, wollen wir zu tausenden am ostermontag dokumentieren, wie viele menschen die pläne der regierung zum bau des kernkraftwerkes verurteilen und die badisch-elsässische bevölkerung in ihrem kampf unterstützen.

schon am sonntag finden auf dem gelände kleinere veranstaltungen statt. am montagmorgen werden an den autobahnausfahrten ettenheim und riegel und am bahnhof riegel orientierungsflugblätter verteilt werden. ab 11.00 uhr sammeln sich in den drei wyhler nachbargemeinden sasbach, endingen und weisweil alle demonstranten, um dann gemeinsam in einem sternmarsch zur kundgebung auf das baugelände zu marschieren.

SCHWEINFURT (ID)
21. märz

TROTZ PROTEST TEILBAUGENEHMIGUNG FÜR KERNKRAFTWERK

der überflüssige reaktorbau in wyhl und die knebelung der demokratie durch die baden-würtembergische landesregierung sind kein einzelfall. gegenwärtig wird in grafenrheinfeld bei schweinfurt (7,5 km bis zur stadtmitte) ebenfalls an einem 1200-mw-druckwasserreaktor gebaut (in tag- und nachtschicht), trotz ausstehendem hauptverfahren und mehreren klagen gegen die zweite teilbaugenhemigung. auch hier versucht der staat, in diesem fall die

bayrische landesregierung, massiv auf die rechtssprechung einfluß zu nehmen. in einem schreiben der staatsanwaltschaft beim bayrischen verwaltungsgerichtshof heißt es: "die staatsregierung ist der auffassung, daß durch die einstellung des baus des kernkraftwerks grafenrheinfeld die künftige stromversorgung bayerns ernsthaft gefährdet ist. der ab 1978/79 zu erwartende strombedarf kann nicht gedeckt werden, wenn mit dem bau dieses kernkraftwerks nicht umgehend begonnen wird. auf andere weise ist die stromlücke nicht zu schließen. die durch die veränderte energiemarktsituation begründete unsicherheit der mineralölversorgung macht es erforderlich, den anteil dieses energieträgers an der stromerzeugung bayerns so rasch wie möglich zu vermindern. dies kann nach den sachlichen gegebenheiten nur durch einen beschleunigten ausbau von kernkraftwerken in bayern geschehen. die ziele der raumordnung und die forderungen des umweltschutzes sind bei dem bau des kernkraftwerks grafenrheinfeld nach auffassung der staatsregierung sorgfältig abgewogen, ihre beachtung ist durch entsprechende auflagen sichergestellt worden. ein baubeginn bei schwebendem verwaltungsgerichtlichen verfahren schließt zwar das risiko ein, daß landschaftsschutzinteressen beeinträchtigt werden und das finanzielle verluste durch die baumaßnahmen und ihre gegebenenfalls notwendige wiederbeseitigung entstehen. dieses risiko muß jedoch bei seiner abwägung der interessen gegenüber der sicherheit der energieversorgung in kauf genommen werden. die bayerische staatsregierung ist daher der auffassung, daß den interessen des gemeinwohls, die den umgehenden baubeginn verlangen, gegenüber anderen interessen der vorrang einzuräumen ist. dr. harrer, oberstaatsanwalt."

zur vorgeschichte:

der geplante bau wurde in der öffentlichkeit erst richtig bekannt, nachdem die bayernwerk ag bereits das grundstück gekauft hatte und eine öffentliche (!) zufahrtsstraße zum gelände angelegt worden war. damals (sommer 1972) sollten der kreistag schweinfurt und die umliegenden gemeinden innerhalb kürzester frist ihre meinung, etwaige bedenken usw. zum geplanten projekt vorbringen und (möglichst positiv) darüber entscheiden. angesichts der größe des projekts und mangelnder information fühlten sich viele der betroffenen "einfach überfahren" und schlugen bei der stadt schweinfurt, der örtlichen presse und in der öffentlichkeit alarm. erste informationsveranstaltungen mit kompetenten kkw-gegnern (prof. bechert z.b.) und unterschriftensammlungen (im sommer 1972 wurden 36 000 unterschriften bei 60 000 einwohnern gegen den bau gesammelt!) kennzeichneten den anfang der widerstandsbewegung. daraufhin wurde die "bürgeraktion umwelt- und lebensschutz schweinfurt" gegründet, in deren vorstand sich vor allem viele schon bekannte naturschutz-prominente neben zahlreichen stadträten wiederfanden. die stadt schweinfurt steht geschlossen (mit jedem einzelnen mitglied ihrer drei bürgerlichen fraktionen hinter ba) und ist der größte kläger im hauptverfahren. von diesem zeitpunkt an wurde die hauptarbeit (einarbeitung in die naturwissenschaftlichen und technischen grundlagen; vorbereitung von einsprüchen und juristischen schritten) im engen kreis des vorstandes vollzogen. die breite öffentlichkeit wurde nur durch zeitungsartikel (die lokalredaktionen beider blätter "schweinfurter tagblatt" stb und "schweinfurter volkszeitung" svz zählen zu den größten kkw-gegnern!) sowie durch gelegentliche informationsveranstaltungen informiert. dies führte schließlich zu einer gewissen abstinenz der großen masse der bevölkerung an aktionen gegen den kkw-bau. allerdings wurde in den leserbriefspalten der beiden zeitungen eine wütende schlacht gegen die hauptgegner bayernwerk ag, bayr. staatsregierung (beide über den aufsichtsrat der bayernwerke teilweise verflochten) und kraftwerk union (kwu) geführt. schließlich wurde nach zustimmung des kreistages zum standort (dieser entscheidung, die mit knapper mehrheit getroffen wurde, gingen zuerst verharmlosende sog. "informationsfahrten" zu mini-kkw's und schließlich massiver druck der csu-regierung voraus) und einmütiger ablehnung durch den stadtrat schweinfurt das atomrechtliche verfahren eingeleitet. 710 bürger erhoben daraufhin schriftlichen einspruch und begründeten diesen auch. am 6. und 7. februar 1974 schließlich fand der erörterungstermin (auf der seite der einwender mit einer reihe von wissenschaftlern) dieser bedenken statt, der mit einem patt zwischen schwerwiegenden bedenken auf der einen seite und verharmlosenden erklärungen und beteuerungen auf der anderen seite durch antragsteller (bayernwerk, kwu), genehmigungsbehörde (bayr. staatsministerium für landesentwicklung und umweltfragen) "unabhängigen" gutachtern (tüv, kühlturmfirma motor columbus) und anderen gekauften "wissenschaftlern" endete.

auf dieser basis, erst mit ungefähr der hälfte der vom gesetz geforderten gutachten versehen - wahrscheinlich auch unter einem gewissen (kosten-)druck durch die kwu - erteilte das umweltministerium am 21. 6. 1974 die atomrechtliche genehmigung. dieser genehmigungsbescheid enthält 73 auflagen (zusätzlich noch 23 zur "pflege" von natur und landschaft); beim näheren betrachten dieser auflagen muß man sich aber fragen:

1. ob sie noch durchgeführt werden, falls sich einige als zu hoch für den "stand der technik" (sprich investitionskosten) erweisen.

2. wer die kontrolle darüber führt. der tüv ist nicht unabhängig, sondern als mitglied des deutschen atomforums verpflichtet, "allen bestrebungen zu dienen, die darauf abzielen, die friedliche nutzung der kernenergie zu fördern"(satzung).

3. wann diese auflagen denn erfüllt werden. in anbetracht der tatsache, daß viele der sicherheitstechnisch wichtigen nachweise erst in fortgeschrittenem baustadium erbracht werden müssen.

darüber hinaus wurden einige der wichtigsten einwände weder im sicherheitsbericht der antragsteller, noch im errichtungsgutachten des tüv, geschweige denn in den auflagen berücksichtigt, sondern, mit teilweise sehr bescheidenen argumenten, unter den teppich gekehrt.

auf dieser wackligen basis wurde dann dem genehmigungsbescheid auch noch sofortige vollziehbarkeit vor etwaigen rechtlichen schritten der einwender (wegen der energie"lücke") angeordnet und nach einzelnen teilerrichtungsgenehmigungen von seiten der bayernwerk ag mit dem bau begonnen. wie sehr selbst rechtlich dieses verfahren umstritten ist, zeigt die tatsache, daß im herbst vergangenen jahres der bau, aufgrund eines gerichtsentscheids des würzburger verwaltungsgerichts unterbrochen werden mußte und erst durch klage der antragsteller beim verwaltungsgerichtshof münchen gegen diesen beschluß die sofortige vollziehbarkeit der atomrechtlichen genehmigung wieder hergestellt wurde. interessant ist in diesem zusammenhang die begründung des würzburger gerichts, dem öffentlichen interesse einer gesicherten stromversorgung (streibl-argumentation) stünde ein öffentliches interesse entgegen, welches in der sinnlosen verbauung von unsummen öffentlicher gelder (bayernwerk ag ist vollständig in der hand des landes bayern und des bundes) im falle des inbetriebnahmeverbots nach dem hauptprozess einen großen schaden sieht.

situation heute:

stadt schweinfurt, bund naturschutz in bayern, die nachbargemeinde bergrheinfeld und mehrere privatpersonen klagen gegen jede der einzelnen teilerrichtungsgenehmigungen. gegenwärtig wird aufgrund der

zweiten teilbaugenehmigung (erster kühlturm) gebaut; der gerichtsentscheid darüber wird innerhalb kürzester zeit aus würzburg erwartet. eine besetzungsaktion der gegner wird trotz aufmunternder slogans wie "schweinfurt will ein zweites wyhl" zur zeit noch nicht in erwägung gezogen, da wie gesagt, eine größere, aktive basis fehlt. allerdings soll, auch im zusammenhang mit einer vom bayernwerk seit anfang dieses jahres betriebenen aufwendigen werbekampagne, eine umfassende information der bevölkerung erfolgen.

welchen zynismus die bayrische staatsregierung an den tag legt, zeigen zwei öffentliche (!) äußerungen des bayrischen wirtschaftsministers anton jaumann: "ich habe gegen widerstände gar nichts, weil ihretwegen gründlicher gearbeitet wird" und "leisten können wir uns jede sicherheit, aber wollen wir uns das so viel kosten lassen?" da fragt man sich, welcher verbrecher so etwas ungestraft sagen, und danach handeln darf, und dafür sogar noch in den genuß von ministerehren (bzw.-gehältern) kommt!

BERLIN (ID)

SPRINGER GEGEN "EXTRADIENST"

wer von den vielen kiosken und kleinen zeitungsläden, die es in berlin, vor allem in kreuzberg noch gibt, den "extradienst" verkauft, wird von springer nicht mehr beliefert; und das heißt für alle zeitungsläden und kioske in westberlin, daß sie pleite machen. somit hat springer nicht nur das anzeigen- und inseratenmonopol für wohnungen und stellenangebote, sondern bestimmt auch, was außer seinen blättern sonst noch verkauft werden darf.

ein weiteres kunststück springers, bild: "15jährige von vierzehn rockern gefoltert und vergewaltigt. es waren 14 mann, die zigaretten auf ihr ausdrückten, sie in brennesseln warfen und sie mit lederriemen prügelten. sie war noch jungfrau. das verbrechen geschah am schönen strand der havel."

die sache war schon ein jahr alt und springer machte daraus vor kurzem eine mehrtägige serie. die eltern des mädchens haben bald einen nervenzusammenbruch erlitten, weil sie nicht wußten, was sie taten, als sie einem springer-reporter ihre tochter für 500,-- dm im monat zum fotografieren verkauften. das mädchen mußte sich einen monat lang von allen möglichen seiten, in allen möglichen stellungen für die schweinische bild-serie fotografieren lassen. als das mädchen, psychisch völlig kaputt, nicht mehr mitmachen wollte, wurde den eltern mit den konsequenzen v. vertragsbruch gedroht. natürlich wurde die genaue anschrift des mädchens angegeben und die serie schloß mit dem satz: "das mädchen, das in einer berliner süßwarenfabrik packerin ist und im monat 700,- dm verdient, will am liebsten alles vergessen, aber sie weiß nicht, wie..." einige tage später erschien die nächste bild-serie "für frauen" wie es hieß, "wie verhalte ich mich richtig, wenn ich vergewaltigt werde". eine der antworten: "am besten nicht wehren, machen sie mit!"

DÜSSELDORF (ID)
12. märz

MEINUNGSUMFRAGE:
HOMOSEXUELLE WERDEN ZUNEHMEND AKZEPTIERT

im auftrag der gesellschaft zur förderung sozialwissenschaftlicher sexualforschung (gfss) wurden 7 000 personen nach ihrer meinung über homosexuelle befragt. bei einer ersten auswertung ergaben sich drei grundhaltungen gegenüber homosexuell orientierten menschen (zum vergleich in klammern die ergebnisse von ähnlichen befragungen aus den jahren 1971 bzw. 1969):

a) ablehnung	19, 6 %	(55/76 %)
b) duldung ("toleranz")	40,3 %	(40/22 %)
c) bejahung ("akzeptanz")	4o,1 %	(5/2 %)

die zahlen dieser jüngsten und größtangelegten meinungsumfrage in der bundesrepublik nach der einstellung gegenüber homosexuellen bestätigen, daß homosexuelle - zumindest bei einer direkten fragestellung - zunehmend als "vollwertige bürger" und "natürlicher und unschädlicher bestandteil jeder gesellschaft" angesehen werden.

unter berücksichtigung der in stadt- und flächenstaaten unterschiedlichen bevölkerungsstruktur erscheinen die ergebnisse relativ einheitlich. dagegen finden sich bedeutsame unterschiede bei der - teils aggressiven - ablehnung von homosexuellen zwischen ländern mit traditionell konservativer wählerschaft und solchen mit spd- bzw. spd/fdp-regierungen: so lehnen in bayern und rheinland-pfalz jeweils 28 % die homosexuellen ab (in den übrigen ländern mit spd/fdp-mehrheiten dagegen nur 16 %) und wollen sie "von der normalen gesellschaft isolieren" bzw. im interesse der "guten sitten" sogar "notfalls operativ behandeln". die geringste ablehnung erfahren homosexuelle in hessen (13 %) und hamburg (14 %), wo sie auch die größte "toleranz" zu finden scheinen (47 bzw. 43 %); "akzeptanz" bzw. eine ausgesprochen positive einstellung finden sie besonders in hamburg (43 %) sowie berlin, nordrhein-westfalen und niedersachsen mit bremen (jeweils 42 %). am wenigsten geduldet bzw. bejaht werden sie wiederum in bayern und rheinland-pfalz mit 35 bzw. 37 %.

die gfss, in der sich namhafte deutsche und ausländische wissenschaftler engagiert haben, will unter anderem durch forschungen und öffentliche aufklärung falsche vorstellungen über die menschliche sexualität korrigieren. nach ansicht führender sexualforscher beruht z.b. auch die traditionelle diskriminierung homosexueller liebesbeziehungen auf sozialschädlichen vorurteilen. achtung vor dem sexualleben anderer , auch wenn sich dieses vom eigenen und gewohnten sexualverhalten unterscheidet, ist eine wichtige voraussetzung für eine gesunde, unverkrampfte und partnerschaftliche sexualität schlechthin.

KÖLN (PAIP/ID)
21. märz

DAS NEUE "PAN AFRICAN JOURNAL"

die märz-ausgabe des "pan african journal", die offizielle zeitung der "pan african international (pai) , ist herausgekommen. sie enthält: formulation of a dependence-theory für africa - education, politics and culture in ghana - die bundesrepublik jetzt handelspartner nr. 1 von südafrika - afrika panorama - südafrika/ imperialistische metropole - letter of solidarity/members' newsletter-.

preis 2,-- dm (wenn möglich4 x 50 pfg. briefmarken bitte). bestellungen an: general secretary, nyanno d. beeko, pan african international, 5 köln (neu ehrenfeld) 30, försterstr. 53, tel. 0221/ 55 72 52.

FRANKFURT (ID)
21. märz

ARRETIERTE SOLDATEN ENTLASSEN

die beiden mitarbeiter der soldatenzeitung "volksmiliz", rainer kuhlen und volkmar klohn, sind vorzeitig aus dem strengen arrest und gleichzeitig aus der bundeswehr entlassen worden (siehe ID nr. 66/72).

FRANKFURT (ID)
19. märz

DIE HAARE BEI DER US-ARMEE

der prozeß gegen leutnant mathew carroll wurde in frankfurt am donnerstag, dem 13. märz fortgesetzt. wie berichtet (ID nr. 65,69) wurde von der armee verlangt, daß ausgesagt wird, ob verschiedene telefone in zusammenhang mit diesem prozeß abgehört werden oder nicht. inzwischen haben alle geheimdienste der armee bzw. der usa (insgesamt über 10) außer dem cia eine eidesstattliche aussage vorgelegt, daß sie 3 bestimmte telefone nicht abhören, das von carroll und zwei in den usa. weitere 17 fragliche telefone wurden bisher nicht genannt. dennoch wurde der prozeß eingeleitet.

am donnerstag wurde es dann mulmig: die verteidigung carrolls, vertreten durch rechtsanwalt christopher coates, kündigte an, daß ein überraschungszeuge gehört werden soll. der staatsanwalt hauptmann hayden bat um unterbrechung des prozesses, da ihm der zeuge nicht bekannt sei. bis freitag früh wurde diese unterbrechung gewährt. am freitag bat der staatsanwalt erst mehr bittend dann eher verzweifelt, daß weitere unterbrechung gewährt werden, was aber abgelehnt wurde.

daraufhin wurde die zeugin vorgestellt: fräulein peggy höfling, 25 jahre alt, beschäftigt als erzieherin bei der us-armee in frankfurt, tocher von major general höfling, direktor der international logistics in washington dc, bis juli 1974 assistent commander der 3. panzerdivision in frankfurt/main. im november 1974 war general höfling für einige wochen in der brd und wohnte während dieser zeit bei general burton, commander der 3. panzerdivision, zugleich convening authority im fall carroll. auch die tochter höfling wohnte während dieser zeit bei burton, um mit ihrem vater zusammen sein zu können, solange dieser in der brd weilte.

peggy höfling sagte nun aus: sie nahm während dieser zeit an einem abendessen mit general burton, seiner frau und ihrem vater,general höfling,teil. sie begann "mein vater sagte..." der staatsanwalt unterbricht: eine aussage darüber, was eine andere person sagt, ist nicht statthaft. die zeugin darf nicht gehört werden. nach einer halbstündigen beratung entschied der richter schließlich, daß die zeugin zu hören ist. wahrscheinlich war er selbst auch etwas neugierig. während der staatsanwalt immer wieder verzweifelt versuchte, die vernehmung zu unterbrechen, sagte peggy höfling aus: "der fall carroll wurde besprochen. general höfling sagte: "ich nahm an, daß wir den carroll-fall saussen lassen." antwort von burton: "von desobry kam die anordnung: wir müssen diesen mann kriegen!" "

desobry ist ltgeneral und kommandeur des 5. armeekorps der us-armee, d.h. direkter vorgesetzter von burton und kommandeur einer der beiden in der brd stationierten korps der us-armee. diese aussage ist in dreierlei hinsicht wichtig: 1. general burton ist in diesem prozeß die convening authority, die unbefangen sein muß, wenn sie darüber entscheidet, ob überhaupt ein prozeß stattfindet und wer die geschworenen in einem eventuellen prozeß sind. 2. burton muß während des prozesses unbefangen bleiben, weil er den prozeß jederzeit abbrechen kann. 3. burton hat unter eid ausgesagt, daß er unbefangen war. es gibt jetzt also einen meineid - burton oder höfling.

die wichtigkeit dieser aussage zeigt sich auch daran, daß peggy höflings vater noch am tag vor der aussage stundenlang mit ihr telefonierte, um sie von der aussage abzuhalten. und burton kam extra aus dem manöver wintex 75 zurück wegen dieser aussage.

dieser prozeß hat inzwischen so weite kreise gezogen, daß die amerikanischen soldaten, die zur zeit nach der brd eingeflogen werden und die neue kampfbrigade bilden sollen, bei der ankunft als erstes fragen: was ist los mit carroll? und in der sonntagsbeiblage fast aller tageszeitungen der usa, der "parade", die eine auflage von 10 millionen hat, erschien letzte woche ein zweispaltiger artikel zum fall carroll. tenor: die us-armee in der brd ist mehr mit haaren beschäftigt, als mit den russen.

letzte meldung: donnerstag letzter woche hat general burton auf antrag der verteidigung die anklage zurückgenommen. für den einstellungsbeschluß wurden keine gründe angegeben. carroll, der in etwa drei wochen ins zivilleben zurückkehren wird, soll nach mitteilung des us-hauptquartiers in heidelberg ehrenhaft aus dem militärdienst entlassen werden und außerdem eine abfindung von 3.600 dollar erhalten.

TRIER (ID)
17. märz

WER SICH SCHIKANIEREN LÄSST,WIRD BELOHNT

anfang februar kamen nach trier zur 11. kompanie im 13. pionierregiment der französichen armee, wohin nur frisch eingezogene rekruten kommen, wieder rekruten. diese haben die ersten beiden monate ihrer dienstzeit überhaupt keinen ausgang, um sie von anfang an total unter kontrolle zu halten. gegen diese schikanen protestierten die nach trier neu eingezogenen und forderten normalen ausgang von anfang an und bezahlung ihrer wochenendheimfahrt. diese forderungen haben sie durch folgende aktion unterstrichen: anfang februar, also an einem der ersten tage ihrer militärzeit, blieben alle ausnahmslos, als protest gegen die schikanen, nach dem essen, als sie zum dienst antreten sollten, eine stunde lang schweigend sitzen. aus ihrer mitte wählten sie als sprecher den kameraden lemasson, der den offizieren ihre forderungen überbrachte. die offiziere kamen in keiner weise den forderungen entgegen. vielmehr wurde lemasson sofort festgenommen und nach landau für 60 tage in den bau gesteckt. außer ihm wurden noch weitere rekruten festgenommen: 9 von ihnen erhielten 2 monate totale ausgangssperre, 4 werden an einem unbekannten ort gefangengehalten, 3 haben tagsüber normalen dienst, werden aber 30 tage lang nachts eingekerkert.

die moral der rekruten konnte aber durch das scheitern dieser aktion nicht gebrochen werden, wie folgender vorfall beweist: alle französichen rekruten müssen zu beginn ihrer dienstzeit einen 50 km-marsch mitmachen. wer diesen marsch durchhält, bekommt eine auszeichnung. wenige tage nach den erwähnten ereignissen mußten auch die trierer rekruten diesen marsch machen. als danach diejenigen, die durchhielten, ihre auszeichnung erhalten sollten, haben die leute aus dieser kaserne ausnahmslos die annahme verweigert mit der begründung, daß sie schikanen ablehnen und dafür, daß sie sich schikanieren lassen, nicht auch noch belohnt werden wollen.

FREIBURG (ID)
21. märz

BAUSTOPP FÜR KKW-WYHL - TEILERFOLG DER BÜRGERINITIATIVEN

Mit dem Bau des Kernkraftwerks in Wyhl darf die Kernkraftwerk Süd GmbH, Tochter der Karlsruhe Badenwerk AG, bis auf weiteres nicht beginnen. Das hat das Verwaltungsgericht Freiburg am Freitag entschieden, nachdem das baden-württembergische Wirtschaftsministerium den sofortigen Vollzug einer Teilerrichtung genehmigt hatte. Der jetzige Gerichtsbeschluss hat aufschiebende Wirkung bis zur Entscheidung des Freiburger Verwaltungsgerichts über die Klage mehrerer Geminden und Privatpersonen gegen das Kraftwerkprojekt.

AUSLAND

DÄNEMARK (ID)
21. märz

FABRIKBESETZUNG BEI UNIPRINT A/S

mitte januar, als die arbeitslosigkeit in dänemark vorläufig kulminierte, beschloß der winther-konzern, einer der größten verlage mit zweigfirmen in schweden, norwegen, finnland, england und der brd (ih-verlag, gmbH), die ihm einverleibte druckerei uniprint a/s zu schließen. die druckereiarbeiten sollten wegen angeblicher unrentabilität in schweden weitergeführt werden. für die 70 belegschaftsmitglieder von uniprint kam dieser beschluß völlig überraschend - hatte sie doch 1974 tausende von überstunden geleistet. spontan war man der meinung, daß der winther konzern die bilanz der uniprint durch vermausche lung innerhalb der konzernkette so hingedreht hatte, daß sich für uniprint ein defizit ergab. somit hatte die konzernleitung einen vorwand für die profitablere produktionsverlegung nach schweden. bei genauerer untersuchung bestätigte sich diese annahme der belegschaft und sie stellte die forderung nach weiterführung der produktion ohne entlassungen auf. diese forderung wies der winther-konzern zurück und nach vergeblichen vermittlungsversuchen der gewerkschaft schritten die uniprint-arbeiter zur aktion: am 29. 1. 75 wird die druckerei uniprint besetzt - dänemarks erste fabrikbesetzung.

nachdem die uniprint-belegschaft über den internationalen graphischen verband erreicht hatte, daß druckarbeiten für den winther-konzern von organisierten arbeitern weder in dänemark noch im ausland ausgeführt wurden, riefen sie in zahlreichen veranstaltungen unter dem motto "heute uniprint - morgen du" eine breite solidaritätsbewegung ins leben. überall in dänemark entstanden solidaritätskomitees, die über die aktion der uniprint-arbeiter aufklären und geld sammeln, da die uniprint-arbeiter wegen "selbstverschuldeter arbeitslosigkeit" keine arbeitslosenunterstützung bekommen. diese solidaritätswelle ermunterte die arbeiter bei uniprint : sie fordern nicht mehr nur die weiterführung der produktion ohne entlassungen, sondern darüberhinaus auch eine weitergehende eigenkontrolle über die produktion.

am 18. 2. morgens wurde der betrieb auf verlangen des winther-konzerns von de r polizei geräumt. die belegschaft war darauf vorbereitet: eine ständige überwachung der druckerei wurde organisiert und ein ständiger versammlungsraum gemietet - die aktion ging und geht weiter! die solidaritätsarbeit wird verstärkt fortgesetzt und die zeitungen munkeln über die ersten finanziellen schwierigkeiten beim winther-konzern.

uniprint weist den weg! - eine weitere parole der solidaritätsbewegung - scheint bereits auswirkungen zu haben: am 21. 2. traten 64 schmiede bei der kühlfabrik the. sabroe a/b in aarhus aus protest gegen die wiedereinführung des mtm-systems in einen wilden streik. da streiks während der laufzeit eines tarifvertrages in dänemark mit empfindlichen bußgeldern für die arbeiter belegt werden, haben die schmiede solidaritäts - 10 kronenscheine gedruckt, um die spendensammlung anzukurbeln.

schickt solidaritätsadressen und spenden für die uniprint-arbeiter an: uniprintindsmlingen dunfelts ale 31, dk-2900 hellerup , dänemark.
(aus: info bug, 10. 3. 75)

PARIS (PTS/ID)
15. märz

KRANKENHAUS BESETZT UND ABTREIBUNGEN DURCHGEFÜHRT

zum internationalen tag der frau demonstrierten 200 männer und frauen der mlac (bewegung für freie verhütung und abtreibung), wobei sie das cochin-hospital in paris besetzten und abtreibungen vornahmen, womit die bedeutungslosigkeit des neuen französischen gesetzes, das offiziell abtreibungen erlaubt, demonstriert wurde. die gruppe, darunter 30 schwangere frauen, die abtreiben wollten, sprach mit dem chef der chirurgie, der es kategorisch ablehnte, ihnen zu helfen. daraufhin wurden drei untersuchungsräume besetzt. mit hilfe der schwestern des krankenhauses, die sich mit der aktion solidarisch erklärten, führten mlac-ärzte zehn abtreibungen nach der absaugmethode durch. im flugblatt , das verteilt wurde, hieß es: "unser recht auf eine abtreibung unter sicheren medizinischen bedingungen wollen wir mit dieser aktion demonstrieren und unterstützen. die ärzte, die sich hinter der gewissensklausel des neuen gesetzes verstecken, sind zum größten hindernis bei der tatsächlichen anwendung dieses gesetzes geworden..."

am 28. november 1974 war der französische abtreibungsparagraph von 1920 geändert worden. obwohl jetzt bis zum ende der zehnten schwangerschaftswoche durch ärzte privater oder staatlicher krankenhäuser abgetrieben werden darf, müssen die frauen gründe anführen, die eine notsituation beinhalten. diese anträge müssen von ärzten bestätigt sein. dennoch mußte die mlac weitere reisen nach england und holland für schwangere frauen organisieren, da die französische ärzteschaft systematisch die anträge auf abtreibung zurückgewiesen hat. typische gründe für die ablehnung: "nicht genügend betten vorhanden" oder es werden "gewissenskonflikte des chefarztes" vorgeschoben.

das ergebnis der aktion vom 7. märz ist, daß die krankenhausverwaltung entgegen massiven protesten der mediziner, die alle strenge abtreibungsgegner sind, ihre zustimmung gab, mindestens zwei abtreibungen am tag durchzuführen.

BELFAST (ID)
18. märz

FORTSETZUNG DER TERRORKAMPAGNE GEGEN DIE IRISCHE IRSP

bernadette mcaliskey-devlin erklärt am 9. märz, daß sämtliche einheiten der neuen irisch-republikanisch-sozialistischen partei aufgelöst seien. dies sei zurückzuführen auf die zunehmenden mord- und terroranschläge gegen mitglieder ihrer partei durch kommandos der offiziellen sinn fein/ira, die ihren höhepunkt in der ermordung von hugh ferguson und jim smith fanden.

letzte woche habe erneut eine gruppe der officials das haus eines belfaster irsp-mitgliedes gestürmt, wobei sämtliche mitgliederlisten, gelder und organisationsmaterialien der neuen revolutionären partei gestohlen worden seien.

daraufhin sei verstärkt der militärische druck gegen mitglieder und sympathisanten erfolgt: insgesamt seien vier mitglieder und ein kleines kind innerhalb der letzten tage durch schüsse verwundet worden. es sei weiter unmöglich, auf normale weise politisch zu arbeiten, keine presseerklärung, kein flugblatt zu möglich, da man ständig mit mordversuchen zu rechnen habe.

die vorläufige auflösung der partei gelte nur für belfast und könne dann sofort rückgängig gemacht werden, wenn die offizielle ira dem vermittlungsgespräch folge, das ihr letzte woche durch michael mullen,

vorsitzenden der größten einzelgewerkschaft irlands, angeboten worden sei. die officials hätten dieses gespräch, das von der irsp initiiert worden sei, bisher beharrlich abgelehnt.

bemadette mcaliskey-devlin wendet sich zuletzt in einem dringenden appell an alle revolutionären internationalen organisationen mit der bitte um solidarische hilfe. wer (noch) nicht mit der politik der irsp übereinstimme, habe wenigstens die verpflichtung, einen aufruf an die officials sofort abzusenden, worin diese zur teilnahme an vermittlungsgesprächen bewegt würden:
sinn fein - 30 gardiner place - dublin - republik irland

WIEN (ID)
21. märz

DEN "ANSTOSS" GIBT's NICHT MEHR

die kritische österreichische jugendzeitschrift "anstoss" gibt es nicht mehr. sie mußte aus finanziellen gründen eingestellt werden. "das medienpolitische konzept "anstoss" muß also beendet werden. beendet deshalb, weil unsere gesellschaft keine unterstützungen für kritische zeitschriften durchführt", so der ehemalige "anstoss"-chefredakteur fred-sergej turnheim. der "rennbahn-express" - früher einmal die größte österrei chische schülerzeitung, heute österreichs einziges schüler-, studenten- und jugendmagazin - will sich bemühen, die nachfolge des "anstoss" anzutreten.

NEW YORK (LNS/ID)
februar 75

PORTUGIESISCHE DOKUMENTE ENTHÜLLEN FASCHISTISCHE GRUPPENAKTIVITÄTEN

am 12. dezember 1969 explodiert in einer mailänder bank eine bombe; es sterben 16 menschen und über hundert werden verwundet. tage darauf werden verschiedene linke verhaftet und mit dem anschlag in verbindung gebracht. wegen dieser beschuldigungen verbringen sie die nächsten zwei jahre im gefängnis.

im laufe der untersuchungen werden im jahr 1971 zwei faschistische verleger - franco freda und giovanni ventura - festgenommen. 1974 wird noch ein dritter verhaftet - guido giannettini, ein hohes tier bei der italienischen geheimpolizei. alle drei stehen in verbindung zum mailänder bombenanschlag.

im weiteren verlauf der untersuchungen der italienischen polizei treten verbindungen zwischen einer mysteriösen presseagentur - aginter press - und einer europäischen neo-faschistengruppe zutage. ihre ermittlungen deuten hin auf aginter-direktor, yves guillou (alias guerin serac) und einen anderen franzosen, robert leroy, als hauptorganisatoren vieler bombenanschläge, die in den letzten jahren in italien verübt wurden, unter anderem auch den von mailand. nach diesen untersuchungen ist die aginter press eine deck-organisation für eine internationale faschistische organisation, die die planung und durchführung solcher anschläge in europa leitet.

die portugiesischen papiere

kurz nach dem putsch in portugal und fünf jahre nach dem mailänder anschlag bestätigten und ergänzten die offiziere der mfa (bewegung der streitkräfte) die italienischen berichte. nach dem putsch wurden agenten des faschistischen regimes verhaftet. das verhör eines pide-agenten brachte in der nacht des 21. mai 1974 hervor, daß das in lissabon ansässige büro der aginter press agentur als ein unterstützungsorgan der pide und ein zentrum zur koordination der aktivitäten ähnlicher gruppen in europa gedient hat. am folgenden tag durchsuchten eine gruppe von offizieren die verlassenen büros der agentur; sie fanden eine menge dokumente, ein archiv der aktivitäten und einer werkstatt zur herstellung falscher dokumente.

die chefs der aginter press waren natürlich schon vor dem putsch, am 25. april heimlich aus lissabon verschwunden. robert leroy lies sich neulich zu einem interview bei einer italienischen zeitung blicken. mehrere wochen danach gab auch yves guillou dem französischen magazin "paris match" ein interview, in dem er jede beteiligung an faschistischen aktivitäten bestritt. "ich bin natürlich nur ein anti-kommunistischer journalist" sagte er, "und zu aginter: das ist nur eine organisation für den ideologischen kampf. ich habe nie für pide gearbeitet und noch weniger habe ich jemals geld von da bekommen."

die entstehung u. zusammenstellung von aginter

die portugiesischen dokumente erzählen aber eine andere geschichte. danach ist aginter 1962 von ehemaligen mitgliedern der gestapo und der oas gegründet worden. mit ihren starken verbindungen zur pide konnten sie bald ihren agenten kurse in sabotage, spionage und terrorismus anbieten. diese "fähigkeiten" hatten sie hauptsächlich aus ihren oas-erfahrungen in algerien in den fünfziger und frühen sechziger jahren erworben.

nach 1965 begannen sie, durch pide finanzierungshilfen ausgestattet, eine koordinierte aktion zur infiltrierung der europäischen linken und extrem linken bewegungen. zu dieser zeit konzentrierten sich ihre aktivitäten auf italien, frankreich, schweiz und die bundesrepublik. aufgrund der lissaboner dokumente hatte sich aginter zu einem werbe- und ausbildungszentrum für terroristen und söldner entwickelt. die dokumente besagen, daß unterricht in sabotage, spionage und spitzelei geboten wurde, sowie "wie man am besten durch verhöre kommt". in den sechziger jahren war aginter auch in vielen afrikanischen ländern bei konterrevolutionären aktivitäten beteiligt - beispielsweise guinea-bissau, kongo (zaire), gabun, senegal und angola.

die dokumente bringen auch die aginter mit anderen neo-nazistischen organisationen in europa in verbindung, etwa mit der eurpa-aktion oder der "schwarzen ordnung", die mit putschplänen in italien beschäftigt ist, und mit der "neuen europäischen ordnung". in den archiven sind auch namen verschiedener hochgestellter politischer persönlichkeiten aus frankreich und deutschland enthalten, die mit diesen organisationen zu tun haben sollen.

nach neueren berichten aus der "new york times" sollen sich am 27., 28. und 29. dezember vertreter verschiedener faschistischer organisationen aus frankreich, schweiz, italien, belgien, holland, spanien, dänemark, lateinamerika, dazu exil-tschechen und exil-jugoslawen in lyon in frankreich getroffen haben. unter den teilnehmern war auch yves guillou, der frühere direktor von aginter.

diese organisation mit dem namen "neue europäische ordnung" wurde 1951 von nazis, die der todesstrafe nach dem zweiten weltkrieg entgangen sind, gegründet. die gründer haben immer noch die leitung des vereins in der hand. unter ihnen, gaston amaudruz, ein ehemaliger gestapo-agent, der jetzt in lausanne/schweiz lebt, ein schwedischer nazi namens per engdahl und maurice bardeche aus frankreich.

nach dem kongress wurde in einer erklärung die freilassung von rudolf hess gefordert, der" für 30 jahre im gefängnis sitzt, weil der den frieden wiederherstellen wollte, wie viele seiner kameraden, die

für europa gekämpft hatten." nach amtlichen berichten aus italien besteht rege waffenschieberei zwischen marseille und afrika, die von der italiensichen export/importfirma- "mgm" betrieben wird, die in den händen der europäischen faschisten sein soll. gegründet wurde die firma in den frühen 70er jahren zur "besorgung und verkauf von allen kommerziellen produkten", aber es hat sich gezeigt, daß sie sich vorwiegend auf schwere militärische güter konzentriert, wie panzer, bomber, raketen und maschinengewehre. eine italienische untersuchung hat die verbindung mehrerer italienischer teilnehmer der konferenz von lyon mit "mgm" aufgedeckt.

scheinbar kauft mgm die waffen über die beiden mittelmänner gilbert lapeyrie, ein ehemaliger gestapo-agent und cesar dauwe von französischen, schweizer oder belgischen herstellern, und schickt dann die waffen vorwiegend nach afrika. dauwe wurde verhaftet (und wieder vorübergehend auf freien fuß gesetzt) nachdem seine beteiligung bei einem waffenhandel nach ghana entdeckt worden war.

liberation schreibt noch dazu: "was besonders beunruhigend bei dieser sache ist, daß faschisten die kontrolle über einen so umfangreichen waffenfluß ausüben können, dazu noch nach afrika. man kann leute, die in der lage sind, solch umfangreiche waffenlieferungen abzuwickeln, an den fingern einer hand abzählen. und wenn man sich überlegt, welches interesse die franzosen und amerikaner an diesen gebieten haben, so ist doch klar, daß so etwas nicht ohne ihr wissen abläuft."
(diese informationen stammen zum größten teil aus liberation, der rest aus le monde und der new york times. der artikel wurde von "lns" zusammengestellt und von uns übersetzt.)

RALEIGH, NORTH CAROLINA, USA
(LNS/ID) 15. märz

HAFTVERSCHONUNG FÜR JOANNE LITTLE (siehe ID nr. 57)

nach einem sechsmonatigen kampf wurde joanne little jetzt am 25. februar aus dem north carolina womens prison in raleigh auf kaution (115.000 dollar) freigelassen. joanne little, eine 20jährige schwarze, saß eine haftstrafe wegen einbruchs ab, wurde aber des mordes angeklagt, nachdem sie in notwehr einen weißen wärter erstach, der sie vergewaltigen wollte. während der schon laufenden gerichtsverhandlungen wurden nur zwei wärter vernommen. die autopsie der medizinischen untersuchung, die little's aussage bestätigt, sperma wurde in der hose des wärters gefunden, wurde nicht zugelassen. ihre anwälte halten eine gerechte verhandlung in north carolina (südstaat) für unmöglich. verteidigermaterial und andere ermittlungssachen sind z.b. auf verschiedene gerichtliche und polizeiliche ämter zerstreut und ein antrag der verteidigung, dies auf einem zentralen ort zu sammeln,wurde abgelehnt, was das aufspüren und verarbeiten der ergebnisse sehr erschwert. eine petition an gouverneur james holshouser, die die rücknahme der mordklage verlangt, wird jetzt organisiert.

solidaritätspost und solidaritätsgelder sind sehr wichtig - verteidigerkosten werden wohl zwischen 15.000 und 30.000 dollar liegen. joanne little defence fund, inc. , p.o. box 1003, durham, north carolina 27702. information: joanne little information center, 4850 blagden ave., n.w. washington, d.c. 20007.

WASHINGTON (LNS, ID)
febr. 75

WEATHER UNDERGROUND LEGT BOMBE IN AUSSENMINISTERIUM

wenige stunden nachdem präsident ford den us congress um zusätzliche 522 millionen dollar militärhilfe für südvietnam und kambodscha bat, ging eine starke bombe im state department hoch. die bombe explodierte in einer toilette im dritten stock und richtete dabei schweren schaden an. es sollen an die 20 büroräume beschädigt sein, wobei die des aid (agentur für internationale entwicklung) am meisten in mitleidenschaft gezogen wurden. insgesamt waren drei stockwerke getroffen. in oakland, kalifornien ,war bei der einberufungszentrale auch eine bombe gelegt worden, die aber nicht hochging. eine frau rief am nächsten morgen an und erklärte, daß sie nicht wisse, warum die bombe versagt habe, underklärte,wo die bombe zu finden sei, um sie unschädlich machen zu können. ein teil des communiques des weather underground enthielt folgende passagen:

"heute nacht greifen wir das aid im state dept und das einberufungszentrum in oakland an. durch diese institutionen führt die us-regierung weiter krieg in südost-asien; unfähig, die größer werdende not im eigenen land und die wirtschaftliche krise zu bewältigen, rüstet sie zum neuen krieg. die agentur für internationale entwicklung ist ein teil des außenministeriums. es ist ein instrument der us-herrschaft und kontrolle in allen teilen der welt. es ist keine caritative organisation. ihre arbeit wird von henry kissinger geleitet.

dieses jahr gewährte die aid 450 million dollar für das saigon-regime durch ihre angeblich nicht militärischen programme. dieses geld wurde nicht dazu verwandt, das leben der bevölkerung zu verbessern, sondern thieus macht zu verstärken, die wirtschaft im lande zu stabilisieren und thieu bei der besetzung neuen territoriums behilflich zu sein. während die amerikaner zu hause den riemen enger schnallen sollen und die meisten sozialpläne gekürzt we rden, schleudert das kriegsministerium das geld hinaus - der diesjährige etat erreicht fast die 100 milliarden dollar-grenze - und der ford fordert jetzt noch weitere 550 million dollar für thieu und lonnol... die us-einmischung und aggression sind heute wie vor zehn jahren die hauptursachen des verstärkten krieges und politischen kampfes in vietnam ... die niederlage des thieu-regimes und der us-unterstützten strömungen bedeuten, daß das vietnamesische volk endlich zu seinen häusern, dörfern, feldern und familien zurückkehren kann, daß es wahlen abhalten kann, daß 220.000 gefangene wieder frei sein können und daß endlich die wunden dieses langen grausamen krieges heilen können.

wir müssen gegen den krieg kämpfen , indem wir auf das pariser abkommen hinweisen und auf dessen einhaltung bestehen. dies ist die einzige basis für frieden in vietnam. seit der unterzeichnung haben sich die militärischen us-organisationen als zivile getarnt und funktionieren so weiter. der us-aid betreibt noch immer die ausbildung, die ausrüstung und beratung der saigoner polizei."

nach angaben des aussenministeriums ist das gebäude zu jeder zeit stark bewacht, so daß man es nur mit einem ausweis betreten kann. die washington post weist jedoch darauf hin, daß jeder angestelltenausweis genügt, um einzutreten - und davon gibt es in washington ca. 340.000. die mitglieder der gruppe gehören zu den 10 - 20 meistgesuchten personen in den usa und benutzen deshalb (nach fbi-direktor kelly: "ihr erfolgsrezept") falsche oder gestohlene ausweise.

SANTIAGO (ID) — WARUM BONILLA VOM HIMMEL FIEL

18. märz

"er trat in seiner militäruniform vor gott, einen offizier an jeder seite" - mit diesen worten verabschiedete chiles junta-chef pinochet seinen ehemaligen waffenbruder bonilla, der bei einem "hubschrauberüberfall" zusammen mit zwei offizieren verunglückt war. bonilla gehörte als früherer innenminister zu den hauptverantwortlichen für die organisation des terrors. dennoch gab er sich als minister volksnah. eine zeitlang besuchte er die elendsviertel um santiago, nahm kinder auf den arm und ließ sich in dieser positur fotografieren. entsprechend berichten die zeitungen über seine beerdigung "die bewohner der vorstädte weinten um ihren general" (la segunda, 5. 3. 75). in einem brief aus santiago heißt es hingegen "die zeitungen schreiben zwar, daß die vorstadtbewohner sehr um ihn getrauert haben und viele von ihnen erschienen waren: stimmt aber nicht. habe nur mittel- und oberschicht gesehen. und ein drittel der nicht gerade zahlreichen zivilbevölkerung war dann noch zivilpolizei."

mit großer sicherheit kann man sagen, daß der hubschrauberabsturz inszeniert war. während general arellano stark, vertreter einer besonders harten linie innerhalb der junta und als "schakal des nordens" bekannt, seine machtgier durch militärische amtenthebung büßen mußte, mußte bonilla, der vertreter einer "volksnahen" linie, durch einen "technischen fehler" beseitigt werden. die harten flügelkämpfe innerhalb des militärs werden jedenfalls schon mit scharfen klingen ausgefochten.

bei alledem fährt die junta in ihrer historischen aufgabe, die organisationen des volkes so weit wie möglich zu zerschlagen, nach kräften fort. in santiago wurde in letzter zeit mindestens drei neue folterzentren errichtet, das berüchtigste unter ihnen ist "villa grimaldi". monatlich verschwinden etwa 80 bis 100 menschen allein in santiago in diesen folterzentren. wenn sie die wochenlange folterphase überleben, kommen sie in eines der großen kz's oder gefängnisse. der unterdrückungsapparat der junta wächst auch nach eineinhalb jahren ihrer herrschaft ständig an. der terror wird mindestens so lange anhalten, wie die usa und die europäischen staaten der junta helfen, ihre ausweglose wirtschaftskrise durch kredite und stundung der auslandsschulden chiles künstlich zu verlängern.

(siehe auch dokument über chiles umschuldungsverhandlungen in dieser nummer).

BOLIVIEN (ID) — GEBURTENREGELUNG MADE IN USA

10. märz

die jesuitenpatres der schule "san-ignazio-de-loyola" in oruro (minengebiet in bolivien) beschlossen, den frühstücks- und mittagstisch für ihre schüler einzustellen. das essen der schüler wurde mit von den usa gespendeten lebensmitteln zubereitet. den jesuiten zufolge entdeckte man in diesen lebensmitteln, speziell in der trockenmilch, antikonzeptive und sterilisierende substanzen.

der bischof von oruro, j. fernández apaza, bestätigte offiziell diese version und gab bekannt, daß die bolivianische bischofskonferenz von dem fall unterrichtet wurde.

bolivien erhält von den usa seit jahren beachtliche mengen konzentrierter nahrungsmittel zur verteilung an bedürftige schüler. mit dem in oruro (230 km von la paz entfernt) aufgedeckten fall wird das hilfsprogramm der usa beschuldigt, zur durchführung nordamerikanischer pläne bezüglich der geburtenregelung und sterilisierung mißbraucht zu werden. von seiten der banzer-regierung kam bisher noch kein kommentar zu den enthüllungen des jesuitenpatres.

aus: expreso, lima, 9. 3. 75.

HANOI/SAIGON (ID) — IM NORDEN GEHT'S AUF - IM SÜDEN AB

21. märz

mit der ökonomischen entwicklung in der demokratischen republik vietnam geht es aufwärts (siehe id nr. 72). währenddessen gerät das saigoner regime trotz der massiven dollarflut zunehmend in eine ökonomische krise, in der die lebenslage der bevölkerung rapide das niveau der kriegsjahre unterschreitet, als die amerikanischen truppen südvietnam besetzt hatten. der nach dem abzug der amerikaner von saigoner wirtschaftsexperten erhoffte wirtschaftliche nachkriegsboom blieb aus - die zahl der nach dem truppenabzug arbeitslos gewordenen südvietnamesen in den saigoner gebieten wuchs bereits 1973 von 300 000 auf über 2 millionen (laut aussage des stellvertretenden sozialministers in saigon; "dai dan toc", 19. 9. 73) und ist seither noch weiter angestiegen. die reispreise sind allein in den zwei jahren nach dem pariser abkommen um über hundert prozent geklettert, desgleichen die inflationsrate: drastische abwertungen des piaster sind an der tagesordnung.

im sozialistischen norden des landes ist der preis des grundnahrungsmittels reis seit dem ersten fünfjahresplan in den sechziger jahren exakt der gleiche geblieben und liegt heute bei etwa einem drittel des preises in saigon. arbeitslosigkeit und inflation sind unbekannt.

der stagnierenden agrarwirtschaft und dem akuten reismangel in dem von der saigoner administration kontrollierten südvietnam, verursacht durch die vertreibung der landbevölkerung in die städte, steht in nordvietnam die erfolgreich abgeschlossene rekultivierung der durch bombenkrater brachgelegten felder gegenüber. die durch den amerikanischen bombenkrieg zerstörten bewässerungssysteme sind durch den einsatz von zahllosen arbeitsbrigaden wieder in völlig intaktem zustand. trotz taifunschäden im jahre 1973 war die ernte im jahre 1974 die beste in der geschichte der demokratischen republik vietnam. sie ist nicht zuletzt ergebnis davon, daß in den letzten beiden jahren bisher unerschlossene gebiete von mehreren hunderttausend hektar für den reisanbau urbar gemacht werden konnte. dasselbe gilt für die befreiten gebiete in südvietnam. hier konnte im verhältnis zu der gesamten anbaufläche 60 % bisher brachliegenden landes innerhalb der letzten beiden jahre urbar gemacht werden.

auf dem erziehungssektor zeigen sich die krassesten unterschiede zwischen zweijähriger aufbauarbeit des sozialismus in nordvietnam und mißwirtschaft und verelendung in den von der thieu-administration kontrollierten gebieten. während die analphabetenquote im machtbereich der marionetten bei ca. 50 % liegt, gelang es in der demokratischen republik vietnam, das analphabetentum selbst in den schwer erreichbaren berggebieten unter den nationalen minderheiten völlig zu beseitigen. jeder dritte einwohner der drv nimmt heute an schulischer ausbildung teil (insgesamt 6,5 millionen schulgänger). der in zwei jahren vervielfachten zahl von technikern, ingenieuren und anderen qualifizierten fachkräften im norden steht im nicht befreiten südvietnam eine anzahl von insgesamt nur 999 studenten an technischen kollegs gegenüber. das sind 1,24 % der gesamten eingeschriebenen studenten. es ist damit für dieses wirtschaftssystem auch perspektivisch ausgeschlossen, eine nationale, eigene industrie aufzubauen.

obwohl sich das leben in städten und dörfern der drv völlig normalisiert hat, bleibt eine große anzahl aufgaben anzupacken, die bisher nicht gelöst werden konnte. über die konkreten perspektiven des gesellschaftlichen lebens sprechen in hanoi zahlreiche großflächige transparente, die zu diskussionen und aktivitäten anspornen.
(aus: viet nam kultur und befreiungskampf nr. 18.

ERKLÄRUNGEN

ERKLÄRUNG 1 DER FRANZÖSISCHEN DELEGATION ZUM AUGUSTIN-PROZESS

"wir sind nach bückeburg gekommen, um die bedingungen zu beobachten, unter denen der prozess gegen den politischen gefangenen ronald augustin stattfindet. wir haben festgestellt, daß dieser prozess nicht in dem gerichtsgebäude, wo er normalerweise stattfinden müsste, abläuft, sondern in einem gefängnis. dieses gefängnis liegt selbst in einer kleinen abgelegenen stadt; die gefängnisbauten befinden sich auf freiem feld; dieses gefängnis macht den eindruck einer belagerten festung, umgeben von stacheldraht, überwacht von fernsehkameras, abgesichert durch bewaffnete posten.

die bedingungen des zutritts zum zuhörerraum haben uns besonders beeindruckt:
- systematisches photokopieren der ausweispapiere - peinlich genaue körperliche durchsuchung, die in meinem fall besonders lange ausgedehnt wurde, bis eine besonders gefährliche waffe gefunden wurde - diese büroklammer. nachdem wir dieser kontrolle unterworfen worden waren, wurden wir in einen engen gang geführt, der nach den seiten und nach oben mit gittern abgesichert war. in diesem gang ist uns auch die große zahl von polizisten in zivil und in uniform aufgefallen - ebenso im prozessaal.

die isolierte lage des gefängnisses, die von bewaffneten polizisten durchgeführte kontrolle und die für prozessbesucher besonders erniedrigenden durchsuchungsbedingungen bringen eines der grundlegenden rechte jedes demokratischen staates in gefahr: die öffentlichkeit der prozesse. der freie zugang zu den prozessverhandlungen ist in frage gestellt auch dadurch, daß sie an einem schwer erreichbaren ort stattfinden und daß es nicht möglich ist, an den verhandlungen teilzunehmen, ohne sich von der polizei durchsuchen zu lassen.

diese tatsachen sind besonders schwerwiegend: das recht jedes angeklagten auf verteidigung, auf eine freie verteidigung, ist eines der grundrechte unserer westlichen juristischen systeme. die rechte der verteidigung anzugreifen, bedeutet, die grundsätzlichsten menschenrechte zu verletzten. das heißt, die freiheit in gefahr zu bringen.

darf ich hinzufügen, daß uns - die franzosen - diese angriffe auf die freiheit an die düsteren stunden zwischen den beiden weltkriegen erinnern. unsere aufgabe ist es, die europäische und internationale öffentlichkeit auf den plan zu rufen, sie wachsam zu machen gegenüber diesem räderwerk, das sich hier einrichtet, bevor es zu spät ist, dieses anzuhalten.

wir werden bei unserer rückkehr sämtliche juristischen organisationen, richter und anwälte, welches auch ihre politische linie sei, auffordern, aktiv zugunsten von rechtsanwalt claus croissant einzutreten, ihm ihre ganze solidarität zu erweisen. rechtsanwalt klaus croissant wird hier zum symbol der in den dreck getretenen verteidigungsrechte und der bedrohten freiheit.
13. 3. 1975, danielle domboy, jean-francois blet."

ERKLÄRUNG 2 PRESSEERKLÄRUNG DES SOLDATEN UND RESERVISTENKOMITEES KASSEL/HESSISCH LICHTENAU

die entlassungen aus dem wehrdienst müssen zurückgenommen werden

der staat hebt die wehrpflicht aus opportunitätsgründen auf und entläßt den gefreiten klohn und den panzerschützen kuhlen vorzeitig. am montag, dem 3. 3. 75, wurden die beiden mitglieder des soldaten und reservistenkomitees kassel/hessisch lichtenau, die beiden soldaten klohn und kuhlen, beide panzeraufklärungsbattaillon II hessisch-lichtenau, vorzeitig aus dem dienst entlassen. zuvor mußten sie seit dem 18. 2. 75 eine 21tägige disziplinarstrafe absitzen. schon nach 13 tagen allerdings wurden sie aus dem bau geholt und am selben tag ausgekleidet und entlassen. die letzten 8 tage arrest wurden ihnen großzügigerweise "geschenkt". die bundeswehrführung hat es offensichtlich recht eilig, die beiden soldaten loszuwerden. diese entlassungen stellen einen vorläufigen höhepunkt der verfolgungsmaßnahmen der bundeswehrführung und des bürgerlichen staates gegen das soldaten und reservistenkomitee kassel/lichtenau dar. bereits im januar wurden 15 soldaten mehrfach vom mad und vom sicherheitsoffizier verhört, woraufhin einige innerhalb der kompanie versetzt und erneute sicherheitsüberprüfungen bei weiteren soldaten angestellt wurden. die aktivitäten der komiteemitglieder waren der battaillonsführung ein dorn im auge. so konnten wir im oktober vorigen jahres auf einer schulveranstaltung in lohfelden aufzeigen, daß die darstellungen des dort anwesenden jugendoffiziers schminke nicht der wirklichkeit entsprechen, daß die kameradschaft zwischen vorgesetzten und einfachen soldaten nur in den köpfen der offiziere existiert, daß die rechte der soldaten auf ein minimum beschränkt sind und daß die bw keineswegs nur zur sicherung der grenzen der brd da ist, sondern einsätze sowohl gegen die zivilbevölkerung als auch gegen fremde länder plant. dazu wurden viele beispiele gebracht. in diskussionen mit anderen soldaten konnten wir aufzeigen, daß der druck in der bw kein selbstzweck ist, sondern voraussetzung für die erfüllung der politischen aufgabe der bw. das truppendienstgericht mußte in seinem beschwerdebeschweid selbst zugeben: "die auswirkungen der tätigkeit des soldaten klohn sind immerhin in seiner einheit schon stark zu spüren. mehrere soldaten haben sich schon bereit gefunden, mit ihm zu diskutieren und sich von ihm auch zum soldaten und reservistenkomitee zwecks erörterung seiner bestrebungen bringen lassen." weil wir die verhältnisse so dargestellt haben, wie sie sind, haben wir bei den anderen soldaten anklang gefunden. das ist das gefährliche für die

bundeswehrführung, daß sie uns kein X mehr für ein U vormachen kann. deshalb versucht das truppendienstgericht in seinem urteil gegen die beiden soldaten auch dieses recht auf information zu beschränken. in seinen augen ist "das verbreiten von schwierigkeiten in der öffentlichkeit nicht nur geeignet, die öffentlichkeit zur durchsetzung der eigenen rechte zu mobilisieren, sondern bewirkt zwangsläufig eine ansehensschädigung desjenigen, der mit der offenlegung der verhältnisse unter druck gesetzt werden soll." entsprechend dieser logik, daß das ansehen der bw, das ihrer offiziere, höher steht, als die rechte der soldaten und das recht der bevölkerung auf information, stellen die beiträge in unserer zeitung volksmiliz eine "verängstlichmachung und diffamierung der regierung, der bundeswehrführung, ihrer soldaten in vorgesetztenstellung, sowie der verfassungsmäßigen freiheitlichen demokratischen grundordnung "dar.

die offenheit dieser argumentation ist verblüffend. so wird zu der darstellung zur übung römer-kastell in unserer ersten nummer der volksmiliz nicht etwa geleugnet, daß ein einsatz gegen streikende henschel-arbeiter geprobt wurde. nach meinung des truppendienstgerichtes "diente die übung indes lediglich zur prüfung der einsatzbereitschaft des battaillons."

DOKUMENTATION

DOKUMENT 1 — DIE KAMPAGNE UM DAS KREUZBERGER BETHANIEN-KRANKENHAUS

kurz vor den wahlen zum berliner abgeordnetenhaus am 2. märz (bei denen die kpd ganze 10.000 stimmen bekam) hat die kpd eine ihrer bisher aufwendigsten, aber auch praxisbezogensten und zumindest zeitweise sehr aussichtsreichen kampagnen vorerst eingeschläfert.

es ging (und es geht auch immer noch mit schongang) um das alte bethanien-krankenhaus in kreuzberg. das krankenhaus - ein riesenkomplex - gehörte ursprünglich der kirche, wurde dann vom senat stillgelegt und damit ein spekulationsobjekt. die kreisel-architektin kreßmann-schach legt 1969 (als ihr mann, herr kreßmann, noch kreuzberger bürgermeister war) einen plan vor, der den völligen abriß des völlig intakten gebäudes vorsah, um dafür riesen-wohnsilos dorthin zu bauen. schon schien dieser plan hinzuhauen - bloß kam dem senat und den spekulanten die kreuzberger bevölkerung zuvor. mit protestdemos und unterschriftensammlungen schafften sie es, daß der abriß zunächst erst mal verhindert wurde, der senat das krankenhaus aufkaufte - und erst mal jahrlang leerstehen ließ. kurz zuvor waren die räume noch renoviert worden, neue medizinische geräte angeschafft worden. während das krankenhaus leerstand, wurde es voll beheizt, die instandhaltung kostete tausende.

erst als studenten und jugendliche in kreuzberg einen teil des komplexes besetzten (und das legendäre georg-von-rauch-haus daraus machten), wachten die behörden auf, kapierten, daß sie nicht ohne weiteres bei wohnungsnot in berlin steuergelder für das leerstehen von räumen ausgeben konnten. nach auseinandersetzungen erhielten einen teil des komplexes die kindergruppen für ihre arbeit, ein anderer teil wurde erst nach und nach für andere mehr oder minder soziale zwecke freigegeben (z.b. für ein fürchterlich steriles "seniorenzentrum"). dennoch stand immer noch ein sehr großer teil des gebäudekomplexes weiterhin leer. irgendwann einmal, so hieß es, soll hier ein künstlerzentrum errichtet werden (und kunst ist sicher das, was die kreuzberger bevölkerung am meisten braucht .. die arbeiter sollen schließlich auch mal etwas kultur abbekommen, konnte man von den stadträten hören).

gerade als die verschiedenen kindergruppen im bethanien eine gemeinsame initiative dafür planten, daß sie die räume für ihre arbeit bekommen, hatte die kpd aufgrund von analysen jedoch herausgefunden, daß nicht die kinder, sondern die schlechte medizinische versorgung in kreuzberg das problem (der "hauptwiderspruch") in kreuzberg sein muß. obwohl sie vorher in kreuzberg kaum was gemacht hatte an praktischer arbeit und auch kein bein auf den grund kriegte bei den kreuzbergern, zog sie gegen die kindergruppen eine riesige kampagne auf "für eine kinderpoliklinik ins bethanien". die kindergruppen wurden aufgefordert, sich dieser führung anzuschließen.

so beschissen das verhalten der kpd in dieser (und auch in späteren situationen) war, so muß man ihr doch lassen, daß sie ziemlich gut erkannt hatte, daß die schlechte medizinische versorgung auf der einen seite und das leere bethanien-krankenhaus, das viele kreuzberger noch als funktionierendes krankenhaus in erinnerung hatten, auf der anderen seite ein widerspruch war, der fast jedem in kreuzberg einsichtig und offensichtlich ist. auch einige schritte waren wirklich dufte, so daß auch die spontis davon lernen können. außerdem hat der erste praktische arbeitsansatz der kpd in berlin gezeigt, daß zumindest einige kpd-genossen in der konfrontation mit der praktischen arbeit von ihren bloßen sprüchen herunterkommen und auch lernprozesse durchmachen, die in der partei einen ganz schönen wirbel ausgelöst haben.

chronologie der bethanien-kampagne

sommer 1973

- eine straßenzelle der kpd gründet das "kampfkomitee bethanien", an dem sich bald 30 leute beteiligen, organisierte und unorganisierte. das kampfkomitee überschüttet den stadtteil mit flugblättern, in denen die bevölkerung über die schlechte medizinische versorgung und deren ursachen aufgeklärt wird und stellt dieser misere die forderung nach einer kinderpoliklinik gegenüber. in den flugblättern werden immer stärker auch praktische beispiele aus kreuzberg gebracht (z.b. fälle aufgezeigt, in denen eine mutter mit einem lebensgefährlich erkrankten kind eine stunde lang zur nächsten klinik fahren mußte, weil es in kreuzberg kein krankenhaus für kinder mehr gibt.). daneben werden vergleiche zur medizinischen versorgung im villenviertel zehlendorf gezogen, die skandalöse geschichte des bethanien-krankenhauses geschildert.

neben der agitation in den straßen spricht die kpd (bzw. das "kampfkomitee") vor allem ärzte in krankenhäusern, schwestern und andere medizinische angestellte an, außerdem kommen eine reihe von medizinstudenten hinzu. parallel zur gründung des "kampfkomitees bethanien" werden andere komitees in anderen stadtteilen gegründet, die sich vor allem gegen die schließung mehrerer krankenhäuser wenden. diese komitees werden hauptsächlich von krankenhauspersonal getragen. es vergeht außerdem kaum eine sitzung eines gesundheitsausschusses des senats, kaum eine bezirksverordnetenversammlung oder veranstaltung im bethanien, die nicht von der kpd besucht und durch fragen nach der kinderpoliklinik gestört wird. auf diese weise brachte das kampfkomitee seine forderung immer wieder vor und war immer auf dem neuesten informationsstand.

mai 1974

- eine gruppe von drei architekturstudenten an der tu schreibt ihre diplomarbeit über eine "kinderpoliklinik in kreuzberg", wobei sie genaue pläne machen, wie und mit welchem aufwand das bethanien in eine kinderklinik umgewandelt werden könnte.

sommer 1974

- das kampfkomitee macht eine "öffentliche besichtigung", d.h. eine kurzfristige besetzung des krankenhauses, bei der sich die bevölkerung davon überzeugen soll, daß das krankenhaus eigentlich noch völlig (entgegen den behauptungen des senats) intakt ist. statt der kreuzberger bevölkerung kommen aber nur rund 200 linke, die nach der besichtigung brutal von den bullen mit autos durch die straßen getrieben werden.

während des sommers macht das kampfkomitee mehrere großveranstaltungen, in denen z.b. auch alte krankenschwestern, der hausmeister und anderes personal des alten bethanien-krankenhauses und kreuzberger mütter berichten, wie es damals im bethanien-krankenhaus war, wie mutwillig vom senat die einrichtung zerstört wurde und wie leicht das bethanien noch zu einem krankenhaus umgebaut werden könnte. zu den veranstaltungen kommen aber wieder meist nur linke.

nov. 1974

- als in berlin ein gesetz durchgesetzt werden soll, das künftig die möglichkeit eines volksentscheides ausschließt, startet die kpd eine initiative für einen volksentscheid für polikliniken. das kampfkomitee sammelt dafür 40 000 unterschriften, das gesetz kommt aber dennoch durch.

als nach 1 1/2 jahren sehr aufwendiger agitation die "kreuzberger massen"noch immer nicht das bethanien "erobert" haben, startet das kampfkomitee im herbst 1974 dann ein unheimlich gutes projekt, das eigentlich gar nicht so recht in die kpd-politik hineinpaßt:

das kampfkomitee richtet in einer 5-zimmer kreuzberger ladenwohnung eine "volksambulanz" ein, d.h. eine praxis, die dreimal in der woche (mittwochs, sonnabends und sonntags) geöffnet ist und in der sich jeder kostenlos beraten und behandeln lassen kann. das ziel dieser volksambulanz ist klar: hier soll der bevölkerung gezeigt werden, daß mit relativ geringen mitteln eine qualitativ bessere, an der situation der patienten orientierte medizin gemacht werden kann. die volksambulanz soll ein kleiner vorgeschmack auf die kinderpoliklinik sein.

in der volksambulanz, die vom kampfkomitee finanziert wird, arbeiten rund 30 ärzte, krankenschwestern, schwesternhelferinnen, laboranten, sozialarbeiter und studenten ohne bezahlung. sie haben alle noch eine andere arbeit (meist im krankenhaus) und wollen sich in der volksambulanz nicht auf die üblichen rein medizinischen aspekte beschränken. die behandlung sieht dann meist so aus: schon im wartezimmer (mit spielzimmer für kinder gleich nebenan) setzt sich einer der mitarbeiter zu dem patienten und redet mit ihm und nimmt dabei seine krankengeschichte auf, fragt dabei besonders nach arbeitsbedingungen, familie, wohnsituation. diese krankengeschichte wird dann dem behandelnden arzt vorgelegt, der dann den patienten gründlich untersucht und ihm versucht zu erklären, was er hat und worin die ursachen seiner krankheit liegen. zusammen mit dem sozialarbeiter und dem patienten werden dann lösungsmöglichkeiten überlegt, wie man außer der rein medizinischen behandlung langfristig eine verbesserung der gesundheitlichen situation erreichen kann, z.b. versucht die volksambulanz über die 10 straßentrupps des kampfkomitees, mit denen sie eng zusammenarbeitet, bei der wohnungssuche, beim wechsel der arbeitsstelle oder bei der beaufsichtigung der kinder zu helfen. ein großteil der arbeit besteht deshalb auch in hausbesuchen, bei denen die mitarbeit der sozialarbeiter sehr wichtig geworden ist. ein anderes schwergewicht der behandlung ist auch die aufklärung über die schädlichkeit und wirkungsweise von medikamenten. jeder "fall" wird in einer schichtbesprechung am ende der sprechstunde noch einmal gemeinsam von allen mitarbeitern der volksambulanz durchgesprochen, um zu überlegen, was man falsch gemacht hat, wo man noch was verbessern kann.

mit dieser arbeit hat die volksambulanz in der umgebung innerhalb von zwei monaten unheimliches vertrauen gewonnen. die patientenzahlen pro sprechstunde steigen von mal zu mal und liegen jetzt bei rund 30 (davon rund die hälfte ausländer mit ihren familien). die scheu und die aggression gegen eine "linke sache" sind hier anscheinend dem bedürfnis nach einer guten medizinischen versorgung und dem vertrauen in ärzte, die richtig berlinerisch und ausführlich mit den patienten reden, gewichen zu sein. erzählungen darüber, was die volksambulanz schon alles gemacht hat, wem sie das leben gerettet haben und wen sie geheilt haben, gehen in der umgebung rund. viele leute kommen, um beim renovieren mitzuhelfen, bringen spielzeug für das spielzimmer oder kuchen für die mitarbeiter.

unheimlich wichtig für die volksambulanz ist vor allem die unterstützung von ärzten. viele ärzte haben geld gespendet und medikamente, die die volksambulanz an die patienten kostenlos abgibt (da die krankenkassen rezepte der volksambulanz nicht anerkennen und die patienten so alles selber bezahlen müßten, sind die medikamentenspenden natürlich sehr wichtig). von anderen ärzten kamen medizinische geräte, andere machen z.b. kostenlos röntgen- und laboruntersuchungen für die volksambulanz. die rettungsstation im kreuzberger urban-krankenhaus (in der sehr viele genossen sitzen) erkennt die überweisungen der volksambulanz als vollwertig an und nimmt in notfällen patienten der volksambulanz auf.

neben all diesen duften sachen gibt es natürlich auch eine reihe von schwierigkeiten. einmal sind es interne probleme. die mitarbeiter haben schwierigkeiten, die hierarchie untereinander abzubauen, die ärzte sind oft immer noch die obermacker. außerdem sind die meisten zeitlich einfach überlastet, so daß einige schichten nur noch mit schwierigkeiten voll besetzt werden können. viele haben auch einfach schwierigkeiten, mit den patienten zu reden und ziehen sich lieber ins labor zurück, um dort mit genossen zu quatschen.

größer sind aber die schwierigkeiten von außen. der senat und die ärztekammer haben bisher stillgehalten, nur angedroht, daß sie das projekt im auge behalten werden. in bezug auf die volksambulanz selbst können sie auch legal kaum etwas machen, denn die ärzte üben ihre arbeit dort als nebentätigkeit aus, die nicht genehmigungspflichtig ist, wenn sie, wie hier, unentgeltlich ist. klar ist aber, daß die spd nach den wahlen massiert druck ausüben will und versuchen wird, die mitarbeiter der va aus dem öffentlichen dienst zu entlassen.

als drittes gibt es dann noch schwierigkeiten mit "der partei". die oft nicht organisierten mitarbeiter der va scheinen in der konfrontation mit der praxis um einiges realistischer (geworden) zu sein. zu auseinandersetzungen kam es dabei vor allem bei fragen der geplanten besetzung des bethanienkrankenhauses. die kpd wollte (als wahlschlager) unbedingt vor den wahlen das bethanien besetzen, um hier die seit 1 1/2 jahren propagierte poliklinik.

einzurichten. wenn die besetzung nicht klappt, so hieß es, wird die volksambulanz dicht gemacht, weil sie ohne die perspektive auf eine klinik nur reine unpolitische "charitas" sei. die mitarbeiter der va waren in der mehrheit gegen diese, der bevölk erung gegenüber unheimlich zynischen politik.

die mehrheit der kpd (bzw. das zk) beschloß "bethanien wird besetzt" und kündigte das in einem berg von flugblättern und an jeder zweiten kreuzberger häuserwand an. folge: über mehrere wochen ist das bethanien besetzt - von den bullen. ein riesiger stacheldraht drumherum. jede ansammlung von mehreren personen wird von zivilbullen bewacht und ende februar, als sich die kampagne zuspitzt, als man jeden tag mit der besetzung rechnet, auch offen auseinandergetrieben.

die kpd macht mehrere demonstrationen für die besetzung des bethanien, an denen sich rund 1 000 bis 2 000 leute beteiligen, allerdings meist linke. viele leute in kreuzberg sind für die poliklinik, viele halten auch eine besetzung für richtig, besonders jugendliche sind unheimlich drauf, das "ding" jetzt endlich zu besetzen. die kpd bereitet schon in einzelnen häusern stützpunkte vor, von denen aus die kreuzberger bevölkerung die bullen bei einer besetzung mit blumentöpften, obst und anderen gegenständen bewerfen soll. barrikaden stehen angeblich schon bereit. 14 tage lang liefert sich die kpd einen irren kampf mit den bullen. fast jeden nachmittag gibt es eine prügelei, bei der zum teil die bullen von ziemlichen festen kpd-trupps buchstäblich überrannt wurden (einmal nahmen ihnen die demonstranten sogar die helme, knüppel und schilder ab). obwohl die demonstrationen unheimlich gut vorbereitet waren, relativ feste, militante gruppen bestanden, zogen die demonstranten meist den kürzeren. die bullen nahmen oft ohne grund leute von der straße fest oder prügelten irgendwelche langhaarigen, fuhren ein kind bei ihren verfolgungsjagden an und gingen schließlich dazu über, offen mit gezückter pistole durch die straßen zu laufen. nach 14 tagen mußte auch die kpd dann einsehen, was für jeden eigentlich von anfang an klar war : die kreuzberger "volksmassen" stehen keineswegs auf der seite der kpd und sind, auch wenn sie die forderung nach einer poliklinik unterstützen wollen, weit davon entfernt, eine besetzung unter der regie der kpd mitzumachen.

ende februar kam deshalb dann plötzlich der neue beschluß der kpd: "angesichts der augenblicklichen machtverhältnisse ist eine besetzung des bethaniens nicht realisierbar".

nun, wo die wahlen vorbei sind, scheint sich die kpd es leisten zu können, eine realistischere einschätzung zu geben. vorher wurde allerdings die bevölkerung mit flugblättern bombardiert, sich für die kpd stark zu machen. mal wieder ist eine "kampagne" der linken vorbei, die leute im stadtteil bleiben zurück und fühlen sich zu recht verarscht - verarscht nicht, weil eine aussichtslose politik abgebrochen wurde, sondern weil diese politik von vornherein eine stärke vorgespielt hatte, die nicht da war.

DOKUMENT 2 — DIE SIEMENS-WELT

b e s c h ä f t i g t e n - s t r u k t u r

die etwa 220 000 beschäftigten in der brd, davon 30.000 in westberlin, gliedern sich auf in (bemessen nach einem durchschnittlichen betrieb):

53 % ausländische frauen (zu über 95 % ungelernt)
25 % deutsche frauen (zu über 90 % ungelernt)
10 % ausländische männer (zu etwa 2/3 ungelernt)
12 % deutsche männer (zu über 80 % facharbeiter)

die entlohnung geschieht nach unterschiedlichen prinzipien. maßstab für die arbeiter ist die "siemens-arbeits-bewertung" (sab), die ein system analytischer arbeitsplatzbewertung ist. seit neuem gibt es das ses-system mit anderen kriterien. es ist speziell auf die beschäftigten bei siemens zugeschnitten, wobei die merkmale können, verantwortung, belastung und umgebungseinflüsse wesentliche kriterien für die lohnberechnung sind. daneben existieren noch 823 richtbeispiele.

"ausgebildete facharbeiter kommen mit einigen überstunden auf ca. 900,- dm netto im monat. die im akkord stehenden montiererinnen und wicklerinnen tragen ... ca. 630,-dm nachhause." (delius, unsere siemens-welt). diese zahlen beziehen sich zwar auf 1971, aber wesentlich gesteigert haben sie sich nicht, zwar nominell, aber nicht real.

den 11 vorständen standen 1971 eine gehaltssumme von 7,263 mill. dm zur verfügung, dazu ein bonus von 8 %. die 12 stellvertreter bekommen ca. 2/3 des gehalts, also bleiben pro vorstandsmitglied ein jahresgehalt von 410 000,- dm (zahlen nach delius).

der aufsichtsrat der firma ist bestückt mit männern, die ca. 2/3 der gesamten brd-wirtschaft kontrollieren, d.h. wenn man die liste der 100 größten industriegesellschaften, die 2/3 des industrieumsatzes der brd bestreiten, betrachtet, bleiben 60 firmen, auf die die mitglieder des siemens-aufsichtsrates einfluß haben, darunter p. von siemens, ernst v. siemens, abs, tacke, buthenant, friederich, overbeck, sohl, ullrich, usw.

w i r t s c h a f t l i c h e s i t u a t i o n

"das geschäftsjahr 1973/74 bezeichnete plettner - hauptgeschäftsführer der siemens ag - als gut, aber nicht sehr gut". in dem bestreben, die umsatzrendite weiter zu verbessern, sei man nur einen kleinen schritt weitergekommen. real ergab sich jedoch eine beachtliche steigerung des jahresüberschusses von 428 mill. dm im geschäftsjahr 1972/73 auf 504 mill. dm. die umsatzrendite kletterte auf 2,9 (2,8) %, obwohl siemens 1,6 (0,85) mrd. dm zusätzlicher kosten verkraften mußte. knapp 1,2 mrd. dm davon konnten über die preise weitergegeben werden, rund 400 mill. dm wurden durch rationalisierungen kompensiert."

a k t i e n

"so stieg der gewinn pro aktie auf 22,50 (20,50) dm, einschließlich der pensionsrückstellungen sogar auf 25 (23,60) dm."

s i e m e n s u n d d i e w e l t

"im berichtsjahr ist der weltumsatz um 11 % auf 17,2 mrd. dm gestiegen. mit diesem ergebnis katapultierte sich siemens in der liste der weltgrößten elektrounternehmen auf den 6. platz und nimmt unter den industriegiganten den 21. rang ein. der auftragseingang wuchs um 16 %."

produktionsbereiche

energietechnik 30 % - nachrichtentechnik 25 % - installationstechnik 14 % - datentechnik 13 % - medizinische technik 8 % - bereich bauelemente 7 %. (alle zahlen aus "die berliner wirtschaft" 4/75).

auslandsproduktion der siemens ag

siemens ist in über 110 ländern mit eigenen firmen oder beteiligungen. der auslandsanteil betrug 43 % am umsatz, aber mit nur 85 000 beschäftigten (!).

die siemens ag ist eine der exponiertesten firmen des westdeutschen imperialismus, allein schon zu ersehen aus den geschäftsberichten, in denen eine steigende tendenz in auslandsbeschäftigten, in auslandsinvestitionen, in auslandsumsätzen, im ungekehrten fall eine sinkende tendenz in allein fällen des inlandsektors verzeichnet ist.

in osteuropa ist siemens schon seit 1950 vertreten, durch die lieferungen von fernschreibgeräten, elektrischen ausrüstungen usw. in die udssr; mit jugoslawien bestehen mehrere kooperationsverträge, elektromedizinische geräte arbeiten in der udssr, ddr, polen, ungarn, rumänien, cssr. mit der udssr bestehen rahmenverträge über wirtschaftliche zusammenarbeit.

in südamerika hat siemens ca. eine viertel milliarde dm investiert, begünstigt durch staatliche aufträge. die größte zweigniederlassung in afrika steht im faschistischen südafrika, wo siemens den arbeitern eine mark pro stunde zahlt und die ca. 100 lehrstellen nur an europäer vergibt. durch die steuerfreiheit, die portugal investoren in seinen kolonien gab, ist siemens natürlich auch in mozambique mit dem bau des cabora-basse-staudamms (beteiligung rund 10 % = 170 mill. dm) beteiligt.

weiterhin ist siemens im geschäft in angola, algerien, kenia, kongo, marroko, nigeria, tunesien und anderen ländern. ihre "entwicklungspolitik" wird weiter fortgesetzt im iran, in pakistan (nachrichtentechnik), indonesien, südkorea, malaysia, phillipinen, australien, neuseeland.

kwu - kraftwerk union

im november 74 wurde bekannt, daß siemens den 50 %igen anteil der aeg-telefunken an der kwu übernehmen will. somit ist die kwu 100 %ige tochter der siemens ag. das bundeskartellamt gab seinen segen mit dem hinweis, an der monopolstellung der kwu auf dem markt für kernkraftwerke ändere sich dadurch nichts. siemens errichtet aber nicht nur kernkraftwerke, sondern auch die schnellen natrium-brüter, die den rohstoff für kernwaffen liefern können, oder gewinnt das strategisch wichtige angereicherte uran 238. siemens ist durchaus in der lage, durch ihre tochtergesellschaften und beteiligungen in eigener regie atombomben herzustellen.

siemens und berlin

dr. von siemens: "siemensstadt ist heute mit 11 werken und 30 000 mitarbeitern nach wie vor die größte fertigungsstätte unseres hauses. sämtliche werke liegen im stadtbezirk spandau. von den rund 20 000 einwohnern des siemensstädter wohngebietes entfallen rund 60 % auf siemens-mitarbeiter. seit dem kriegsende investierte die siemens ag in berlin 2 milliarden mark, für die zukunft plant das haus 150 mill. pro jahr.nach wie vor kommt rund ein viertel der inlandproduktion aus berlin. siemensstadt wird unverzichtbarer bestandteil der weltweiten aktivität bleiben.

das alles wäre nicht möglich ohne die verständnisvolle unterstützung und mitwirkung, die wir von unserem großen gemeinwesen berlin und hierbei insbesondere von seinem spandauer stadtbezirk in ständiger fruchtbarer wechselwirkung empfangen. ihnen, meine verehrten stadtväter, hierfür namens des hauses siemens an dieser stelle zu danken, ist für mich eine angenehme pflicht und zugleich ein von herzen kommendes bedürfnis." (spandauer volksblatt, 1. 10. 1974).

(bleibt zu diesen schwulstigen sprüchen nur noch hinzuzufügen, daß es sich bei der guten zusammenarbeit um eine verbrüderung zwischen siemens und der spd handelt, wobei die spd gnädig handlangerdienste macht, indem sie mit der auf dem siemens-gelände stationierten polizei für ruhe vor dem betrieb sorgt).

(aus: info bug, 10. 3. 75)

DOKUMENT 3

SCHÜLER GEGEN KONFORMISMUS UND LEISTUNGSDRUCK

einer unserer korrespondenten, selbst gymnasiast in moers, schickte uns folgenden bericht über eine "smv-affaire" vom januar, hier der bericht:

"die situation an unserer schule, dürfte die vieler gymnasien sein: konservative lehrerschaft, systemkonforme schülerschaft und einige smv-funktionäre, die auch nicht so recht wissen, was sie eigentlich "machen" sollen bzw. dürfen. aus der sicht jener letzteren gruppe soll ein vorfall an unserer schule geschildert werden. die ereignisse liegen zwar schon zwei monate zurück, doch hat dieser größere abstand vielleicht den vorteil, daß ich sie objektiver darstellen kann.

seit beginn des schuljahres hat die smv sich in ihrer arbeit besonders auf die jüngeren schüler konzentriert. ausschlaggebend hierfür war vor allem die frustration, daß ältere schüler nicht mehr zu einem engagement in der schule zu bewegen sind. die gründe hierfür dürften überall die gleichen und daher wohl längst bekannt sein (konformismus, leistungsdruck, nc). eine langfristige änderung sahen wir nur in der frühzeitigen aktivierung der unterstufe. in vierzehntägigem rythmus richteten wir "unterstufen-treffs" ein, in denen konkrete situationen des schulalltags an hand von rollenspielen bewußt gemacht wurden. schon zu diesem zeitpunkt regte sich das mißtrauen der lehrer. worte wie "indoktrination" und "verhetzung" wurden zum ersten mal laut.

am 15. januar führten wir einen "malnachmittag" durch. die unterstufenschüler wurden angeregt, ihre wünsche und forderungen in form von plakaten zu artikulieren. das resultat waren 10 - 15 großflächige plakate (rückseiten von tapeten), die am nächsten tag in den betreffenden klassen aufgehängt wurden (themen: gleiche behandlung aller, gemeinsamer religionsunterricht, autoritäres lehrerverhalten). die reaktion der lehrer war unterschiedlich. in einer klasse führte der klassenlehrer eine diskussion durch, ob die plakate hängenbleiben sollten. resultat: sie blieben hängen! in der parallelklasse entschied der lehrer alleine und nahm sie ab.

durch diese pakat-aktion rückte die unterstufenarbeit wieder in den mittelpunkt all-

gemeinen interesses. die meinung der schüler, in deren klassen die plakate hingen, war positiv, jedoch mit der einschränkung: "die lehrer werden dann immer so sauer!" eine woche später gaben wir eine zeitung heraus, in der wir unsere absichten und erfahrungen bei dieser aktion veröffentlichten (interviews, kommentare, protokoll der unterstufentreffs, diskussionsmodell).

am 29. januar fand das nächste unterstufen-treff statt. besprochen wurden die plakataktion und das tutorensystem (jede unterstufe wählt sich einen älteren schüler, an den sie sich in konfliktfällen werden kann - bestimmte lehrer finden hier parallelen zu den faschistischen blockwarten der hitlerjugend. -anm.).

am nächsten tag, 30. januar, war der geregelte schulbetrieb empfindlich gestört. ein klassenraum war von nächtlichen besuchern verwüstet worden. das mobilar, wände und fenster waren mit obszönen darstellungen bemalt, die sich auf strenge, autoritäre lehrer bezogen. zudem war alles mit dem trockenpulver eines feuerlöschers bedeckt. im laufe des vormittags erschien die kripo und sicherte die spuren. sie kam gerade zur rechten zeit, denn während der 3. stunde mußte die schule wegen einer bombendrohung für eine halbe stunde geräumt werden. eine bombe wurde nicht gefunden. als am ende dieses turbulenten schultages auch noch eine lang geplante smv-sitzung stattfand, hörte man die wildesten spekulationen von lehrerseite, die zwischen dem unterstufen-treff am vortag, der barackenschweinerei, der bombendrohung und der smv-sitzung einen zusammenhang sahen. spontane äußerungen von lehrern wurden aber im verlauf der nächsten tage dementiert, da sie nicht zu beweisen waren. generell ist der größte teil der lehrer immer noch der meinung, daß die smv nicht in der lage ist, ggf. vorhandene konflikte zu lösen, sondern vielmehr versucht, erst konflikte zu schaffen.

soweit wir die meinungsbildung im lehrerkollegium verfolgen konnten, ist heute klar, daß zumindest die liberalen oder bisher neutralen lehrer sich durch diese ereignisse von den konservativen kräften abgegrenzt oder eine positive haltung zur smv eingenommen haben.

dieser gesinnungswandel läßt sich zum großen teil auf die "neue" strategie der smv zurückführen. um die ständigen vorwürfe unwirksam zu machen, mit der lehrer- und elternschaft unsere forderungen stets abwehren wollten ("emotionale argumentation", "pupertätswirren", usw.), begannen wir die streitfragen zu versachlichen, die zusammenhänge zu abstrahieren und wissenschaftlich zu begründen, kurz: rationalisierung statt emotionen!

dadurch gerieten lehrer und eltern in die bedrängte situation, daß sie uns rational recht geben mußten, aber, um ihren konservativen standpunkt vertreten zu können, behaupteten, unsere strategie sei falsch. sie stelle die traditionellen rechte des lehrers in frage und fordere ihn dadurch zu emotionalen reaktionen heraus. also sind nicht die schüler emotional sondern die lehrer, die völlig unreflektiert auf ihrem standpunkt beharren. diskussion, meinungsaustausch und gegenseitige verständigung, die grundelemente einer funktionierenden demokratie werden hier mißachtet und mit der "das-war-schon-immer-so parole" abgewürgt. solche verhaltensmuster sind tendenziell faschistisch. jeder demokrat muß sich hiervon scharf distanzieren, was zwangsläufig dazu führt, daß konservative kräfte "in die rechte ecke" gedrängt werden und ihre position somit geschwächt wird.

smv adolfinum
bereich information
hwl."

DOKUMENT 4

INDIEN - EIN REISEBERICHT

"vorwärts in kleinen schritten"?

- so überschrieb eine journalistin ihre reiseeindrücke, die sie auf einer vom kirchlichen entwicklungsdienst organisierten journalistenreise gewonnen hatte. und "indien - vorwärts in kleinen schritten" war auch das motto, unter dem diese reise stand. es sollte vor den besuchern das ohnehin nicht zu übersehende elend nicht versteckt werden, aber es sollten auch die vielfältigen versuche zur überwindung des elends als die von der entwicklungshilfe zu unterstützende perspektive für indien präsentiert werden.

kalkutta

dementsprechend begann die reise in dem größten elendsviertel der welt, in kalkutta. der eindruck, den kalkutta auf fast alle westeuropäer macht, ist mit worten schlecht zu beschreiben. louis malle hat ihn in seinem film "kalkutta" eingefangen, auch die kürzlich im stern veröffentlichten bilder spiegeln ihn wieder. entsetzen, scham und unverständnis über den -scheinbar - fehlenden widerstand mischten sich untrennbar, als einige mitreisende und ich, die hände fest um die teure kamera geklammert, das geld sicher im brustbeutel untergebracht, mit einer gruppe kirchlicher sozialarbeiter ein bustee, einen slum, besuchten. wir sahen einen haufen von 5 - 600 sieben bis zehn qm große hütten, kaum mannshoch, aus allen erdenklichen materialien zusammengeflickt. dazwischen festgetretene pfade, kein wasser, kein strom. dabei war dieser "slum" kein sammelbecken sozialer desintegration, brutstätte für verbrechen und ähnlich unanständige dinge, sondern ein ganz normales arbeiterwohnviertel. die männer waren meistens hilfsarbeiter, wäscher usw. mit einem monatseinkommen von rund 90 rupien, die frauen arbeiteten, soweit sie einen job fanden, in den umliegenden mittelstandshäusern als putzfrauen für 20 - 60 rupien im monat. die miete einer dieser hütten kostet im monat 20 bis 40 rupien. von den restlichen 60 - 100 rupien im monat muß dann eine 9 - 10köpfige familie leben - bei reispreisen von 5 rupien pro kilo, fleisch 10 rupien pro kilogramm, weiß keiner so recht wie. trotzdem sind die sozialen beziehungen intakt, die nachbarschaftshilfe ist nach auskunft des indischen sozialarbeiters viel ausgeprägter als im kleinbürgertum, auch über politik wird viel diskutiert, alle bestehenden parteien als korrupt abgelehnt, diese art von parlamentarismus verspottet, eine alternative habe sich aber noch nicht herausgebildet. noch ganz erschüttert von den mageren kindern mit den stumpfen, fast blonden haaren, dem gestank der verrottenden abfälle, dem jungen mit dem schief zusammengewachsenen beinbruch, der sein ganzes leben lang nur auf allen vieren kriechen wird, fragt ein journalist, ob denn diese menschen überhaupt ihr elend wahrnehmen würden, ein anderes leben wünschen würden. die indische sozialarbeiterin zögerte einen augenblick, weiß nicht so recht, ob sie ironisch werden soll, sagt dann aber einfach, daß doch alle menschen hier augen hätten und sehen würden wie wir, sie und wir, angezogen wären, wo wir wohnen würden, was für bäuche wir hätten - und sie könnten sich und ihr leben sehr wohl damit vergleichen.

am nächsten tag soll dann der kleine schritt vorwärts dokumentiert werden. bei der calcutta metropolitan development corporation (cmda), einer fortführung einer weltbankinitiative, die einen grundlegenden stadtsanierungsplan für kalkutta aufgestellt hatte, überschüttet uns der boß, ein international renomierter stadtplaner, mit

einer wahren flut von daten und analysen des chaos' kalkutta, um danach in seinem schlußwort selber so gut wie keine perspektive für die stadt zu sehen. zum slumproblem weiß er - auf nachfrage - daß eine enteignung nur die slumbesitzer beglücken würde, da ihnen dieser besitz schon lange lästig ist, und deshalb auch von der behörde nicht empfohlen wird. nach seinen eigenen angaben würden dann aber monatlich rund 4 millionen rupien (200 000 hütten á 20 rupien) nicht in die hände reicher spekulanten fließen und für andere zwecke bereitstehen. stattdessen steckt die cmda ihr geld - aus indirekten steuern und entwicklungshilfe - lieber in die slumverbesserung, baut wasseranschlüsse, schulen, polikliniken und erhöht so den wohnwert der slums. vorwärts in kleinen schritten - für wen?

einige tage später sind wir beim "state planning board" von west-bengalen, das sich mit der entwicklung des hinterlandes von kalkutta, dem staat westbengalen, zu beschäftigen hat. ihre hoffnung ist, die kleinen bauern und pächter durch kredite so zu fördern, daß die produktivität um das 2 bis 3-fache steigen würde - was technisch leicht möglich wäre. die kleinen familienbetriebe bieten nämlich beim augenblicklichen durchschnittlichen technischen stand bessere produktivitätsaussichten als die großen superfarmen - vorausgesetzt die reichen lassen die armen nur etwas in ruhe. denn eine behörde, die den bauern kredite zum jahreszins von 10 % anbietet, den sie sonst monatlich zahlen müssen, wird natürlich mit den interessen der wucherer, die meist auch die grundbesitzer sind, kollidieren. da die behörde den kleinen familienbetrieb propagiert, hängt ihr erfolg weitgehend ab von einer landreform, die die indische regierung seit 20 jahren als politischen dauerhit verspricht. 45 % der bauern westbengalens, die heute kein land besitzen und für 2 - 3 rupien am tag während weniger monate im jahr arbeit finden, sollen so zu eigenem land kommen - den reichen würden dann natürlich die billigst-arbeitskräfte fehlen. trotzdem, so behauptet die behörde, brauche dieses vorhaben die reichen nicht zu treffen, nicht in widerspruch zu geraten mit ihren interessen, es soll es nur den armen ermöglichen, sich um ihre ökonomischen interessen zu organisieren. aber, so fragt man sich, hat eine solche organisierung nicht immer zwangsläufig im gegensatz zu den interessen der reichen gestanden?

sollten die reichen aber nicht die einsicht besitzen, den armen über das entwicklungsprogramm eine ökonomische verbesserung zuzugestehen, dann weiß die behörde auch nicht weiter. eine revolution als alternative? dr. bose zuckt die achseln, er kann natürlich als beamter keine aussage machen, fügt aber hinzu, daß unter den naxaliten, die in den jahren 67 - 70 rebellierten, einige der besten jungen männer des landes waren.

n a x a l i t e n

in diesen jahren war es zu einem ersten ausbruch, einer ersten rebellion seit den 40er jahren gekommen, die sich gegen das halbfeudale system wendete, das 10 % der bevölkerung auf kosten der übrigen 90 % in saus und braus leben läßt. die bewegung wurde zumeist von jungen intellektuellen getragen, in ihr vermischte sich eine revolutionäre kommunistische, an china orientierte strömung mit der studentenbewegung. das übergewicht der intellektuellen und die schematische übernahme der erfahrungen der chinesischen revolution führten teilweise zu einem abgleiten in politischen terror, der von provokateuren der polizei geschickt hochgespielt wurde. 1969/70 wurde die revolte unter einsatz der bundespolizei erstickt, und gleichzeitig auch die letzten reste der demokratischen fassade westbengalens zerstört. rund 25 000 jugendliche wanderten ohne haftbefehl, ohne gerichtsverfahren allein auf den verdacht hin, naxalit zu sein, in die gefängnisse, wo sie zum großen teil heute noch sitzen. hunderte wurden auf den straßen oder auf der flucht erschossen, zeitungen wurden verboten, chinesische literatur ist nicht mehr zu erhalten, obwohl offiziell nicht verboten. diesem druck war die unreife bewegung nicht gewachsen, sie dezimierte sich schnell und zerfiel in kleinste grüppchen.

warum aber floß in fast jedes gespräch, ob mit dem deutschen generalkonsul, dem ministerpräsidenten, sozialarbeitern, taxifahrern- eine bemerkung über die naxaliten ein? eine bemerkung, die neben der obligaten verurteilung der kriminellen bande zumeist noch eine hochachtung vor ihrer politischen konsequenz und ihrem mut zum ausdruck brachte.

der grund liegt wohl darin, daß die gesellschaftlichen widersprüche sich in den letzten 5 jahren stark verschärft haben. die zahl der landlosen steigt, weder halbfeudales pachtsystem noch kapitalistische großfarmen haben zu ausreichender nahrungsmittelversorgung geführt. die preise vor allem der grundnahrungsmittel werden von händlerkartellen systematisch hochgetrieben. von tag zu tag hungern mehr. die congress-partei hat, statt wie versprochen, die armut zu besiegen, bisher nur mit militär und polizei die armen besiegt - aber wie lange noch?

die objektive lage, so sagt uns ein engagierter linker journalist, ist reif für eine revolution. das land ist politisch und ökonomisch in einer schweren krise. es fehlt jedoch der subjektive faktor, eine politische und organisatorische führung. die naxaliten wollten seiner meinung nach über eine abkürzung, "shortcut", zur revolution. das ist gescheitert.

doch arbeiten die überlebenden der naxalitenjagt weiter, kleiner, unauffälliger. und auch erste schritte zu einer neuen politischen vereinheitlichung zeichnen sich ab.

r e g i e r u n g

auf einer insel im indischen subkontinent residiert die indische zentralregierung. delhi, von der kolonialmacht noch in den 20er jahren bombastisch ausgebaut, ist

---

LANDWIRTSCHAFT

70% der Erwerbstätigen knapp 50% des BSP

Landverteilung 60/61

3% der Haushalte mit Höfen über 30 acre besitzen 23% d. Nutzfläche

58% der Haushalte mit 2,5 acre und weniger Land 7% der Nutzfläche

1968/69 hatten 70% der ländl. Bev. ein Jahreseinkommen von weniger als 270 Rupien, dem Existenzminimum

nur 22% der Nutzfläche sind bewässert

1972 sank das Sozialprodukt um -0,3%. Selbst nach amtlichen Zahlen ist das reale Prokopfeinkommen um 0,8% gesunken. (Bundesstelle f. Aussenhandelsinfromation 1973)

1972 stieg die Produktion von industriellen Konsumgütern (=Luxuskonsum) um 9,1%, bei Kapitalgütern um 3,4%.

Verschuldung

Von den Haushalten, die jährlich weniger als 300 Rupien zur Verfügung haben - untersten 10-20% - werden ø nur 35 -50% des Einkommens konsumiert, der Rest geht an den Wucherer.

Inflation

	% Anstieg von Feb. 72 - Dec. 73
Kartoffeln	120%
Zwiebeln	150
Kokosfett	120
Salz	100
Hülsenfr.	114
Kohle	79

Getreideproduktion

1970/71	108 Mio t
71/72	104 Mio t
74/75	100 Mio t (geschätzt)

Getreideimporte

70/71	2 130 Mio Rs
71/72	1 312 Mio Rs
74/75	5 Mio t für 1 000 Mio $ 9 000 Mio Rs

"Noch nie zuvor in den 27 Jahren seiner Unabhängigkeit hat Indien so viel Getreide für ein Jahr gekauft (Herald Trib. 10. 1. 75)

so wie die briten es verließen. im palast des präsidenten der republik sind nur die gesichter etwas brauner geworden, blumenarrangements, mobiliar und teegebäck sind die gleichen geblieben. irgendwo draußen, weit weg von der gelassenheit grüner rasenflächen, für die immer ausreichend wasser da ist, in einem anderen land namens gujarat toben klassenkämpfe. dort haben erst studenten, dann hausfrauen und schließlich die ganze bevölkerung angefangen, ihr elend hinauszuschreien. sie fordern die absetzung der "gewählten" regierung, scharfe maßnahmen gegen die korrupte regierungsspitze, besonders den ministerpräsidenten patel. täglich kommt es zu großen demonstrationen, die von der zentralpolizei zusammengeschossen werden. nach 2 monaten bürgerkriegsähnlichen zuständen und 80 offiziellen toten entschließt sich die regierung endlich zur absetzung des ministerpräsidenten. wenige stunden vor bekanntgabe dieser entscheidung teilt uns indira gandhi in einem interview ihre einschätzung der vorgänge mit:

"ist es eigentlich demokratisch, druck auf ein vom volk gewähltes parlament auszuüben? wenn man diesem druck nachgibt, besteht die gefahr, daß an anderer stelle wiederum druck ausgeübt wird. das wäre das ende des demokratischen systems wie wir es kennen. die unteren klassen waren nicht gegen ministerpräsident patel, weil sie zum erstenmal politische chancen für sich sahen... wir glauben, daß die studenten von mächtigen kräften ausgenutzt werden. sie streckten die geldmittel für die demonstrationen vor. diese leute sitzen im ganzen land, nicht nur in gujarat. es sind die kräfte der rechten, händler, big business. sie alle haben geld gegeben, um die demonstrationen in gang zu halten. wir wissen, daß die industriearbeiter nicht teilgenommen haben. aber man hat ihnen über ihren lohn hinaus geld angeboten, damit sie streiken. vielleicht werden sie auch aus dem ausland unterstützt. es ist jedoch schwer, das alles nachzuweisen."

sie, die nach meinung der "neuen züricher zeitung" mit der manipulation der wahlen in west-bengalen 1971 der siechenden indischen demokratie den todesstoß versetzte, die unbequeme, weil linke landesregierungen im handstreich durch nur ihr verpflichtete gouverneure ersetzte, hat jetzt ihr demokratisches gewissen entdeckt. die grenzenlose verachtung des volkes, des hungernden volkes, die beschönigung der allgemeinen korruption hat ihr auch in der indischen presse viel kritik eingetragen. natürlich versuchen auch faschistische gruppen auf der allgemeinen unzufriedenheit ihr süppchen zu kochen. das feuer haben sie aber nicht enfacht.

angesprochen auf die einschätzung der entwicklung indiens seit der unabhängigkeit sagte sie: "ich meine, wenn sie indien heute sehen, womit wollen sie es vergleichen? sie können es nur mit dem indien von früher vergleichen. nicht mit einem anderen land. und in diesen 26 jahren haben wir doch bemerkenswerte fortschritte gemacht. aber dieser fortschritt selber hat auch neue schwierigkeiten geschaffen, denn wenn es gar keinen fortschritt gibt, dann leben zwar alle leute im elend, aber irgendwie sind sie zufrieden. aber wenn sie sehen, daß die dinge sich ändern und geändert werden können, dann werden die erwartungen aller gesteigert und ungeduld entsteht, und die fühlen, wenn es eine besserung gibt: warum nicht für mich, für mein dorf, oder für mein gebiet."

so einfach! man muß sich vor augen führen, daß sie es war, die mit dem schlagwort "garibi hatao!" - besiegt die armut - 1970 die erwartungen der massen auf ein ende des hungers steigerte - um das land dann 1974 in eine der schlimmsten hungersnöte seiner geschichte zu führen. mindestens 50 % der inder leben unter dem absoluten existenzminimum, können täglich weniger als 2 000 kalorien essen. den kampf gegen die armut, die fortsetzung des anti-kolonialistischen kampfes, gibt sie praktisch schon verloren.:

"...wir wußten, daß indien eines tages frei sein würde und daß wir dafür zu arbeiten hätten. und daran hat sich nichts geändert, weil der politischen freiheit nur der erste kampf galt, politische freiheit an sich bedeutet wenig, wenn wir nicht die armut und die ökonomischen gegensätze in unserer gesellschaft beseitigen können. wir befinden uns immer noch in der verlängerung des befreiungskampfes...wir können die armut zu unseren lebzeiten nicht mehr beseitigen, aber wenn wir nur die entwicklung im land in diese richtung bringen, dann haben wir viel getan."

wir, das kann in diesem zusammenhang nur die alte führungsmannschaft der kongreßpartei und die sie finanzierenden klassen und schichten sein. deren unfähigkeit, eine entwicklungsstrategie zur erreichung von wohlstand und gleichheit - wie es in der verfassung so schön steht - durchzuführen, haben mehr als 80 % des indischen volkes 26 jahre land schmerzlich erfahren. und auch für die zukunft sieht frau gandhi keine perspektive:

"wir befinden uns in einer außerordentlich schwierigen ökonomischen periode. in der frage der lebensmittelverteilung können wir uns jetzt nur damit beschäftigen, was den menschen unmittelbar und sofort hilft. wir können uns nicht damit abgeben, was auf lange sicht das beste wäre. für sich genommen könnte jede langfristige maßnahme richtig sein, aber jede änderung würde anlaufschwierigkeiten verursachen."

genau weiß sie aber, wie es langfristig nicht geht: "das chinesische beispiel kann nur mit zwang funktionieren. ich meine damit ein system, das leute zwingen kann, etwas zu tun...das bedeutet, daß alles im leben auf ein bestimmtes ziel ausgerichtet werden muß. um ganz offen zu sein, ich glaube nicht, daß dieses in indien funktionieren würde, weil unsere leute zu stark individualistisch sind. wir sind niemals ein so diszipliniertes volk wie die chinesen oder japaner gewesen. man wird vielleicht einen besseren gesundheitsdienst haben und anderes mehr, aber der preis dafür - die aufgabe der individualität, der gedankenfreiheit - ist sehr hoch. ich glaube nicht, daß die indische bevölkerung geneigt sein würde, den preis zu zahlen."

(amos, 1/75)

DOKUMENT 5 — CHILE UND DIE UMSCHULDUNGSVERHANDLUNG

die chilenische militärjunta sieht sich besonders betroffen durch die situation der zahlungsbilanz, der sie im rahmen einer allgemeinen wirtschaftskrise im innern und des offensichtlichen scheiterns ihrer wirtschaftspolitik gegenübersteht.

nachdem sie in ihrem bemühen, den für sie notwendigen enormen strom von auslandsinvestitionen ins land zu lenken, gescheitert sind, versuchen die vertreter der diktatur nun mit allen mitteln, die akzeptierung einer zweiten umschuldungsverhandlung sicherzustellen, nachdem anfang 1974 bereits eine solche stattgefunden hatte. deshalb führen sie schwierigkeiten verschiedener art an, für die sie begründungen zu formulieren versuchen, die nur schwerlich überzeugen.

vor allem stoßen sie, aufgrund der brutalität ihrer repressiven politik, auf ein allgemeines klima weltweiter verurteilung, die auch in der bekannten resolution der vollversammlung der vereinten nationen zum ausdruck kommt. bei einem solchen klima erscheint es widersprüchlich, daß der junta erleichterungen zugestanden wer-

den - wie 1974 geschehen - , die größer sind als diejenigen, die zuvor der verfassungsmäßigen regierung des präsidenten allende gewährt wurden. wenn man die umschuldungsverhandlungen von 1972 und 1974 vergleicht, stellt man fest, daß im ersten fall nur die umschuldung von 70 prozent, im zweiten fall aber 80 prozent akzeptiert wurden; man stellt weiter fest, daß im ersten fall 30 prozent zur sofortigen barzahlung gefordert wurden, im zweiten aber nur 20 prozent, dazu mit zahlungserleichterungen für vier jahre; und man stellt fest, daß die laufzeit des gestundeten betrages im ersten falle sechs, im zweiten falle sieben jahre betrug. so ist es einleuchtend, daß die englische labour party sich entschlossen hat: die nichtteilnahme großbritanniens in den erneuten umschuldungsverhandlungen vom kommenden märz, ja sogar die revision der 1974 gewährten erleichterungen.

das argument, daß die umschuldung eine notwendige voraussetzung zur linderung der unmittelbaren nöte des chilenischen volkes sei, ist wenig überzeugend. im gegenteil, eine kritische beobachtung der bisher getroffenen entscheidungen legt nahe, daß die mittel, die bei der umschuldung freigesetzt würden, mit aller wahrscheinlichkeit zu größeren waffeneinkäufen benutzt würden; ebenso würden von europäischen gläubigern gegebenenfalls gemachte konzessionen von der militärjunta zur zahlung der unrechtmäßigen entschädigungen abgezweigt werden, zu denen sie sich gegenüber nordamerikanischer unternehmen verpflichtet hat.

so bleibt nur noch ein letztes, ebenfalls schwaches argument. es betrifft die sorge vor allem derjenigen länder, die am club von paris teilnehmen, daß eine verweigerung der umschuldung die rückgewinnung des schuldbetrages - und sei es auch mit einer stundung - gänzlich unmöglich machen würde. diese überlegung wäre zweifellos richtig, wenn man es mit einer wirtschaftspolitik zu tun hätte , die - mit der erleichterung durch die umschuldung - dazu beitragen könnte, die zahlungsfähigkeit des landes wenigstens in zukunft zu sichern. jedoch deuten alle verfügbaren beweise auf das ganze gegenteil hin, und was in diesem jahr geschieht, wäre nichts anderes als ein schritt mehr in einer endlosen reihe von umschuldungsverhandlungen in den kommenden jahren, die auch künftig unter den gleichen bedingungen gefordert würden. sicherheit kann für solche gläubiger nur durch einen substantiellen wechsel in der politik kommen oder zwingender noch durch eine ablösung der regierungsverantwortlichen des schuldnerlandes sowie des politischen und wirtschaftlichen regimes, das diese vertreten.

(auszug aus einer schrift von pedro vuskovic, ehemaliger finanzminister der volksfront, und armando arancibia)

